

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Boten frei Haus f. d. Woche v. 29. Okt. — 3. Nov. Millarden Mk. Einzelverkaufspr. Millarden Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernru: 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker Volksbote

Tagzeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 251.

Freitag, 2. November 1923.

30. Jahrgang.

Gott zum Gruß!

Dr. L. Lübeck, 2. November.

Dem Allmächtigen zum Gruß! Wir sind wieder da! Aus „religiösen“ Gründen können wir heute manches noch nicht aussprechen, was ausgesprochen werden muß. Aber die Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes kann nur noch eine Frage von Tagen sein. Und dann kann manches nachgeholt werden.

Das Verbot zahlreicher sozialdemokratischer Zeitungen zu einer Zeit, wo die R. P. D. mit aller Macht ausholte, um die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften zu zerschlagen, ist außerordentlich kurzfristig und konnte für den Bestand der deutschen Republik die verhängnisvollsten Wirkungen haben.

Tagelang fehlte in dem arbeitenden Volk jede Klarheit über die wahre Lage, über die wirklichen Absichten der Kommunisten. Der Hamburger Putsch war der verbrecherischste und leichtfertige Blödsinn, der der Arbeiterbewegung je angetan ward. Aber vollstes Licht ergoß sich über die kommunistischen Pläne erst in der gemeinsamen Sitzung der Gewerkschaften und der beiden Arbeiterparteien am vorigen Donnerstag.

Unsere Forderung nach Goldlöhnen und wertbeständigem Geld scheiterte an der hartnäckigen Weigerung der Kommunisten, mit uns für irgend ein derartiges Ziel zu kämpfen. Nur der sofortige Kampf konnte für sie in Frage! Sagte Kof. Von Lübeck aus sei ganz Deutschland zu revolutionieren und umzustürzen. Sagte Kof!

Daraus ergab sich klar: Für Lübeck liegen die gleichen kommunistischen Befehle vor wie für Hamburg. Auch in Lübeck sollten Proletariatsmassen vor feuerbereite Maschinen gewehre gejagt werden.

Unzweideutig erklärten Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei, daß solch unverantwortliche und irrsinnige Pläne für sie keine Verhandlungsgrundlage seien, daß man an der ehrlichen Absicht der Kommunisten, die Einheitsfront aller Proletarier herzustellen, endgültig verzweifeln müsse. Gab es für Gewerkschaften und Sozialdemokraten einen anderen Ausweg?

Wir überlassen es getrost dem Urteil des Volkes: Wer hat die Einheitsfront der Lübecker Arbeiterschaft in der Stunde schwerster Not verhindert?

Die weitere Entwicklung der Dinge ist höchst interessant. Nicht oft genug kann sie vorgetragen werden.

Ohne die Sozialdemokraten konnten sich die Kommunisten nicht so recht zu einem Beschluß aufraffen. Aber sie hatten den Stein ins Rollen gebracht und konnten ihn auch nicht einfach wieder aufhalten. Deshalb wurden noch am gleichen Tage alle möglichen Parolen ausgegeben. In einer Versammlung im Gewerkschaftshaus. Die kommunistischen Führer spielten nur so Jangbäll mit ihrem Leben; alle verkündeten sie höchste Sterbereitschaft. Sie trafen die kühnsten Vorbereitungen zum „Kampf“. Einige opferten die Schnurrhärte; andere den stolzen Schmuck ihres Klassenbewußten Kopfes. Darauf verschwand sie!

Und als Haftbefehle herauskamen, beriefen sie sich auf ihre Immunität und suchten die Hilfe der Sozialdemokraten. Selbstverständlich boten wir alles auf, um die Immunität der Bürgerschaft zu schützen. Und schließlich mußte sich auch der „Belagerungszustand“ den Vorschriften der Verfassung beugen. Aber er stellte eine Bedingung: Kof und Kofel sollten schriftlich erklären, daß sie mit den proletarischen Hundertschaften nichts zu tun haben.

Die beiden Helden gaben diese Erklärung ab. Worauf der Haftbefehl ausgeföhrt wurde. (Mit dem stolzen Helden-tod war es nun auf einmal aus — das ist nichts für kommunistische Führer!)

Strafe proletarische Hundertschaften! Wenn schon ihre edelsten Führer beim ersten Haftbefehl weglaufen.

Mancher Proletarier, der sich in der letzten Woche von dem wilden kommunistischen Kampfesgeschrei aufreizen ließ, wird heute zu einem anderen Urteil kommen.

Und diesem Urteil überlassen wir alles andere!

In der letzten Bürgerchaftssitzung wurde jetzt dem Senat das Mißtrauen ausgesprochen. Mit 42 gegen 35 Stimmen. Der Mißtrauensantrag der sozialdemokratischen Fraktion war die einfache und zwangsläufige Folge der parlamentarischen Kämpfe und Verhandlungen der letzten drei Monate. Trotzdem holten die bürgerlichen Parteien nochmals zu einem ganz schweren Theaterdonner aus. Mit dem tiefen Orgelton des Brunnthirsches stürzte sich der Vorkämpfer Ewers in den Kampf. Lieblicher und milder schon gebärdete sich der Sprecher der Demokraten: Klein. Mit seinem farbenfrohen Gesicht kokettierte er und ließ es zum Beweis abwechselnd kaltschweißig und bordeauxrot erbläuen und erglüh-

Und deckte dann zwischen Senatskrise und Männergejächtern innige Beziehungen auf. Zweifellos beginnender Feminismus im Parlamentarismus. Worauf mit hohem Blick und hohler Stimme Ewers den Niedergang des Parlamentarismus feststellte.

Doch zur Sache! Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, um unser Mißtrauen gegen den Senat zu begründen, so lieferte die bürgerliche Einheitsfront diesen Beweis. Mit Nägeln und Zähnen kämpften alle bürgerlichen Parteien für „ihren“ Senat.

Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so tieftraurig wäre. Diesen selben Senat haben sie Jahr um Jahr um jeden Pfennig Steuern betrogen. Haben ihn jedesmal im Stich gelassen, wenn es galt, Opfer zu bringen. Dazu waren ja die Sozialdemokraten da.

Und jetzt, da diese Sozialdemokraten nicht nur Steuern bewilligen und bezahlen wollen, sondern entsprechend ihrer Mehrheit auch mitregieren wollen, erhebt sich wütendes Geschrei.

Das ist wirklich der Bankrott des Parlamentarismus, des gesamten bürgerlichen Parlamentarismus!

In der nächsten Bürgerchaftssitzung wird das Mißtrauensvotum die zweite Lesung durchlaufen! Dann erst ist es rechtskräftig. Und dann erst ist der Akt, auf dem der Senat sitzt, endgültig durchgeführt. Es war keine leichte Arbeit!

Oder sollte der Senat mit einem einfachen Sägeschnitt noch nicht zufrieden sein? Sollte es ihn noch nach der langen Säge des „Volksentscheids“ geküßten? Uns kann das recht sein! Aber dann werden ganz andere Sägespäne wirbeln als bisher. Darauf mögen sich die alten Herren gefaßt machen!

Uebrigens wird von den verschiedensten Seiten auf einen Volksentscheid hingearbeitet. Der General-Anzeiger piepst mit dünner Stimme wie eine verhungerte Feldmaus immer wieder die Parole unter seine Leser: das Volk soll entscheiden.

Es ist der gleiche Ton, den der Lokalredakteur des General-Anzeigers vor den letzten Bürgerchaftswahlen anschlug. Und als die bürgerlichen Parteien nach dem Kennen mit gebrochenem Genick in dem Ruddleimudel ihres eigenen Unrats liegen geblieben waren, da schluchzte der Herr von früh bis spät von der Laueheit des Bürgeriums. Auch diesmal wird ihm das gleiche weinerliche Schicksal beschieden sein. Würden die Herren, vom Bürgermeister angefangen bis herab zum „General-Anzeiger“-Knie die Stimmung der Massen kennen, sie bekämen heute schon ziemlich wässrige Augen.

Nun ist es in Sachsen zu einer Klärung gekommen. Unsere Partei, die zu den weitesten Zugeständnissen an die Kommunisten bereit war, ist an der Möglichkeit einer Zusammenarbeit endgültig perzipiell. Unter der Führung des Genossen Feilich übernimmt sie allein die Regierung. Eine Minderheitsregierung! Ob sie lange Dauer haben wird? Wir bezweifeln das. Aber im Augenblick gab es aus der absolut zerfahrenen Situation einen anderen Ausweg nicht.

Selbstverständlich ist durch das unbesonnene Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen auch die sozialdemokratische Partei in die schwerste Krise gestürzt worden. Schlag auf Schlag versucht man allerdings von Berlin aus die Maßnahmen gegen Sachsen abzubauen. Der Reichsfinanzminister hat das Vorgehen des Reichskommissars und des Generals v. Müller. Der Reichskommissar ist zurückgetreten. Die Ausnahmeverordnung gegen Sachsen ist durch den Reichspräsidenten aufgehoben!

Die Sachsenkrise hat auch zu einer schweren Regierungskrise im Reich geführt. Die sozialdemokratischen Minister haben ihr ferneres Verbleiben in der Regierung von der Erfüllung einer Reihe von Forderungen abhängig gemacht. Diese Forderungen sind von der sozialdemokratischen Fraktion wie folgt formuliert:

Die Fraktion kann in der Koalition nur verbleiben, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.
2. Die Reichsregierung behandelt das Verhalten der bayerischen Nachthaber offen als Verfassungsbruch und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort die gebotenen Schritte gegen Bayern.
3. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Sachsen

ist Aufgabe der Schutzpolizei. Reichswehrhilfe ist nur auf Anforderung des Inhabers der Zivilgewalt heranzuziehen. Neuerdings in die Reichswehr eingestellten Anhänger rechtstradikaler Bestrebungen sind zu entlassen.

Außerdem beschloß die Fraktion, daß der Fraktionsvorstand bei den Besprechungen mit der Reichsregierung die wertbeständige Währung und Maßnahmen gegen den von dem Landbunde propagierten und von den Landwirten geübten Lieferstreik zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen hat.

Diese Forderungen bewegen sich ungefähr auf der Linie der von der Lübecker Partei am Dienstag angenommenen Entschlieung.

Wir verkennen nicht die Gefahr einer Regierungskrise im gegenwärtigen Augenblick. Aber es gibt Dinge, die an unsere Ehre als Sozialdemokraten gehen, und die wir nie und nimmer dulden können.

Unsere Genossen im Reichstag haben alles aufgeboten, um die Regierung auf den geraden Weg der Gerechtigkeit zurückzuführen. Gelingt es ihnen trotz besten Willens nicht, die Krise zu verhindern, dann tragen andere die Verantwortung. Wir werden auch diesmal vor der Zukunft bestehen!

Zur Sachverständigen-Kommission.

Poincares Antwort.

Paris, 1. November.

Nach dem „Petit Parisien“ hat Poincare schon gestern Abend die Antwort der französischen Regierung auf den englischen Vorschlag bezüglich der an die Vereinigten Staaten gerichteten Aufforderung, sich in einem Sachverständigenauschuß zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit vertreten zu lassen, redigiert. Das offizielle Blatt schreibt, Poincare nehme den englischen Vorschlag an, er verzögere nur, daß im Text eine Änderung vorgenommen würde. Der englische Wortlaut besage, daß die Sachverständigenkommission zur Aufgabe haben soll, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen. Die französische Antwort verlange, daß dem Wort Zahlungsfähigkeit der Wert ausgedrückt sei beigefügt werde. Diese Abänderung sei formell, aber sie sei von großer Bedeutung. Es handle sich tatsächlich darum, die augenblickliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen und es sei keine Rede davon, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Zukunft festzusetzen. Das sei eine ganz vergebliche Arbeit, denn wer könne voraussetzen, welches die künftigen Hilfsquellen Deutschlands seien. Es sei aber auch eine gefährliche Aufgabe, denn man könnte unter dem Druck der Prüfung der augenblicklichen Zahlungsfähigkeit, die sicher nur eine sehr geringe sei, in eine Revision des Londoner Zahlungsplans hineingeraten. Aber nach dem Wortlaut des Berichts der Kommission könne die einmal festgesetzte Einschätzung selbst nicht durch die Reparationskommission abgeändert werden, wenn sie nicht die einstimmige Zustimmung der alliierten Regierungen finde, und man wisse ja, daß die französische Regierung für ihren Teil keiner Einschränkung zustimmen werde.

Die französische Regierung verlange, daß die Aufgaben des Sachverständigenauschusses von der Reparationskommission bestimmt werden, deren Richtlinien aber festgelegt seien. Man glaube nach dem „Petit Parisien“, daß die Vereinigten Staaten einen oder mehrere Vertreter bestimmen werden, wie dies in englischen Kreisen vorgeschlagen worden sei. Französischseits lege man auf den Ort des Zusammentritts keinen besonderen Wert. Wenn Berlin als Verhandlungsort gewählt werden sollte, werde Frankreich keinen Widerspruch erheben.

Bonar Law gestorben.

Bonar Law, der frühere englische Ministerpräsident, ist in der Nacht vom Montag zum Dienstag im Alter von 65 Jahren gestorben.

Die Nachricht vom Tode Bonar Laws, des Vorgängers Baldwin in der englischen Ministerpräsidentenschaft, kommt überraschend, obwohl man wußte, daß ein schweres Hals- und Lungenleiden den alten englischen Parlamentarier im Mai ds. Js. zur Niederlegung seines Amtes zwang. Seinem Gesundheitszustand wurde es auch zugeschrieben, daß seine Politik nicht die Aktivität, vor allem Frankreich gegenüber, aufwies, die das englische Volk und auch weiteste Kreise in Deutschland von dem Nachfolger, Lloyd Georges erwarteten. Mit Bonar Law verliert die konservative Partei zwar keinen Staatsmann großen Formats, aber einen gewandten und erfolgreichen Parteiführer. Seit 1911 stand er als Nachfolger Lord Balfours an der Spitze seiner Partei. Der Weltkrieg war auch für ihn als Politiker die große Zeit. Im Koalitionskabinett Asquith wurde er im Jahre 1916 Kolonialminister und gehörte auch dem engeren Kriegskomitee an. Unter Lloyd George hatte er das Amt des Schatzkanzlers inne und nahm als Vertreter Großbritanniens an den Friedensverhandlungen in Versailles teil. Im März 1921 schied er aus Gesundheitsrücksichten aus der Regierung Lloyd Georges. Nach 1 1/2 Jahren hatte sich seine Gesundheit jedoch so weit gebessert, daß er im Oktober 1922 den großen Vorstoß der Konservativen gegen das Kabinett Lloyd George unternahm, dessen Rücktritt erzwang und selbst zum Ministerpräsidenten aufstieg. Die Hoffnungen allerdings, die die Welt auf ihn als Ministerpräsidenten eines konservativen Kabinetts gesetzt hatte, hat er nicht erfüllt.

Dollar 320 Milliarden.

Der rechtswidrige Reichskommissar.

Die Reichsregierung gegen Sachsen hat inzwischen durch die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten ihr Ende gefunden. Trotzdem erscheint es notwendig, auch jetzt noch auf das Vorgehen des Reichskanzlers gegen Sachsen einzugehen, weil die dem Reich erneut drohende Krise hiermit in engstem Zusammenhang steht. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Handlungsweise des allein verantwortlichen Reichskanzlers gegen die sächsische Regierung politisch eine unverzeihliche Dummheit war. Heute ist der „Soz. Parlamentsdienst“ in der Lage, das Rohgutachten eines hervorragenden bürgerlichen Juristen zu veröffentlichen, das Herrn Stresemann und seinem Reichskommissar auch juristisch die Rechtswidrigkeit ihres Vorgehens bescheinigt. (D. Red.)

In der Gile der Ereignisse ist bisher die Frage nicht näher untersucht worden, ob der Reichskommissar Heinze, der mit so großer Sicherheit in Sachsen auftrat, Minister absteige und als Diktator verhandelte, für sein Vorgehen auch nur die geringste rechtliche Legitimation hatte. Nun stellt sich tatsächlich heraus, daß Heinze hierbei ohne jeden Schein von Recht gehandelt hat. Wie man die zweifelhafte Rechtsfrage des Artikels 48 der Reichsverfassung auch beurteilen mag, so ist doch sonnenklar, daß nicht einfach der Reichskanzler oder die Reichsregierung von sich aus irgendeine Landesregierung absetzen können, und noch weniger, daß ein von ihnen entsandter Kommissar aus eigenem Recht solche Befugnisse hat, sondern sie sich auf eine Verordnung des Reichspräsidenten stützen müssen. Die vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 erlassene Verordnung vom 29. Oktober d. J. enthält aber für die Handlungen des Reichskommissars Heinze keinerlei Grundlage. In dieser Verordnung wird nicht ein Reichskommissar, auch nicht der Reichswehrminister oder Militärbefehlshaber, sondern wohlweislich nur der für die Richtlinien der Politik verantwortliche Reichskanzler zu dem äußersten Schritt eines Eintritts in die sächsische Regierung ermächtigt. Auch durfte der Reichskanzler danach nicht einfach die Minister endgültig absetzen, sondern er konnte sie nur für die Dauer der Geltung der Verordnung ihrer Stellung entziehen und solange andere Personen mit der Führung der Dienstgeschäfte betrauen. Wenn also der Reichskanzler hiernon Gebrauch gemacht hätte, so wären Dr. Feigler und seine Kollegen Minister im Amte gewesen, wenn nicht inzwischen der Landtag, wie es geschehen ist, eine andere Regierung ernannte. Ein endgültiger Eingriff in die staatsrechtliche Vertretung des Volkes stand also dem Reichskanzler nicht zu.

Noch bevor diese Verordnung des Reichspräsidenten aber in Kraft trat, d. h. bevor das Reichsgesetzblatt ausgegeben war, lehnte Herr Heinze, der hierzu weder vor noch nach der Verordnung eine Legitimation hatte, die sächsischen Minister ab. Sein draufolgendes Schreiben lautet:

„Der Reichskommissar für Sachsen.
Nr. 1 pers. Dresden, den 29. Oktober 1923.“

An die Regierung des Freistaates in Sachsen
in Dresden.

Ich bin durch die Reichsregierung unter dem 29. Oktober 1923 zum Reichskommissar für Sachsen ernannt. Die sächsischen Minister sind hiermit ihrer Ämter enthoben. Der Reichskommissar für Sachsen,
gez. Dr. Heinze.“

In diesem Schreiben kommt in keiner Weise zum Ausdruck, daß diese Enthebung nur für die Dauer der Verordnung des Reichspräsidenten erfolgt.

Man muß also feststellen, daß Herr Dr. Heinze, der als Reichskommissar zwar einen schönen Titel, aber nicht die geringsten Befugnisse hatte — die Einsetzung eines solchen Reichskommissars ist in keiner Verordnung des Reichspräsidenten vorgezeichnet —, der also höchstens verhandeln und zwischen der sächsischen Regierung und dem Reichskanzler hätte vermitteln können, Minister eines deutschen Landes unbefugt abgesetzt hat.

Dr. Heinze scheint sich überhaupt über den Umfang seiner Befugnisse in einer für einen früheren Reichsgerichtsrat und Justizminister erlaunlichen Unkenntnis befunden zu haben. Er gründet in seinen Kundgebungen seine Stellung auf Artikel 48 Abs. 1 der Reichsverfassung, d. h. er betrachtet sich als Vollzieher der gegen Sachsen gerichteten Reichsregulierung. Eine solche hat aber der Reichspräsident niemals angeordnet. Er hat vielmehr nur Ausnahmeverordnungen auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 erlassen.

*

Der Reichspräsident hat die am 29. Oktober erlassene Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaates Sachsen wieder aufgehoben. Aus diesem Schritt ist zu schließen, daß in Sachsen jetzt auch nach Auffassung der Reichsregierung Ruhe und Ordnung wiederhergestellt ist, denn sonst wäre es leichtsinnig, ohne weiteres auf das vom Reichspräsidenten verhängte Ausnahmeregime zu verzichten. Gerade in bezug auf Sachsen kann man von Herrn Stresemann diesen Schritt auch nicht annehmen. Inwiefern erhält die amtliche Mitteilung über die Aufhebung der genannten Verordnung auch einen politischen Wert. Bisher war selbst der Reichskanzler der Überzeugung, daß die Ruhe und Ordnung nur in Sachsen gehortet ist. Diese Auffassung hat durch praktische Maßnahmen, insbesondere die Entlassung von 69 000 Mann Reichswehr nach Sachsen, ihre Bestätigung gefunden. Jetzt aber ist die Verordnung vom 29. Oktober aufgehoben, weil Ruhe und Ordnung wieder vorhanden sind, und damit hat nicht nur die Reichswehr in Sachsen nichts mehr zu suchen, sondern ist der Ausnahmezustand im Reich überhaupt überflüssig geworden.

Wir möchten jedoch bezweifeln, daß Herr Stresemann dieser durchaus logischen Deduktion anschlief. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Regierung durch die amtliche Mitteilung über die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. Oktober sich tatsächlich — wenn auch ungewollt — zum Bestehen der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aufgestellten Forderungen gemacht hat, die u. a. die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Zurückziehung der Reichswehr aus Sachsen wünsch.

Zur Koalitionstrife.

Veratungen über die sozialdemokratischen Forderungen.

Die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Forderungen der Sozialdemokratie durch das Kabinett bzw. der Koalitionsparteien ist am Donnerstag noch nicht gefallen. Die Reichsregierung beschäftigt sich am Donnerstag nachmittags in der Sitzung mit den Vorschlägen aus Anlaß des neuen Markwertes und hat deshalb keine Gelegenheit, sich auch mit den Forderungen der Sozialdemokratie zu beschäftigen. Insbesondere

wurde aber auch deshalb die Debatte über die Voraussetzungen der Sozialdemokratie an den Verbleib im Kabinett verschoben, weil einzelne bürgerliche Minister das Bedürfnis hatten, vor der endgültigen Aussprache noch mit ihren Fraktionen in Verbindung zu treten. Das Kabinett wird sich infolgedessen erst am Freitag vormittag mit den Forderungen unserer Fraktion beschäftigen. Der Reichskanzler will dann mittags um 2 Uhr die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion empfangen und ihnen über den Ausgang der Sitzung Mitteilung machen.

Von der thüringisch-bayerischen Grenze.

SPD. Generalkommissar v. Kahr hat an sämtliche bayerische Gendarmeriestationen folgende „streng geheime“ Anordnung gegeben:

„Die Lage in Sachsen und Thüringen erfordert, daß an der bayerischen Grenze Vorkehrungsmaßnahmen getroffen werden. Hierzu ist vor allem erforderlich, daß alle bedeutsamen Vorgänge auch in den nicht Grenzbezirken erkundet und raschestens der Regierung gemeldet werden. Wichtig ist vor allem, möglichst bald ein eingehendes Bild über die politische Lage und Stimmung dies- und jenseits der bayerischen Grenzen zu erhalten. Es ist vor allem festzustellen:

1. Sind in Sachsen und Thüringen bereits kommunistische und sonst linksstehende Organisationen festgestellt, wo und in welcher Stärke und mit welchem Zweck.

2. Besteht die Absicht, jenseits der bayerisch, sächsischen, thüringischen Grenzen bei allenfallsigen Reichsaktionen Widerstand zu leisten. Wie ist der Widerstand beabsichtigt, ist etwa unter Umständen sogar ein Ueberreifen kommunistischer oder anderer Verbände nach Bayern beabsichtigt.

3. Ist kommunistischer Kurierdienst bereits aufgerufen und in Tätigkeit? Wie kommt er zum Ausdruck, besteht eine Verbindung zwischen den Anhängern der kommunistischen Partei in Bayern mit jenen in Sachsen und Thüringen?

Da anzunehmen ist, daß zwischen den linksgerichteten Kreisen in Bayern, Sachsen und Thüringen eine rege Verbindung besteht, wird es bei der nötigen Aufmerksamkeit namentlich durch strenge Ueberwachung der sozialistischen, kommunistischen Führer möglich sein, Zweckdienliches zu erfahren. Die Stationen werden angewiesen, sich auch der Mitwirkung von Vertrauenspersonen bei der Erkundigung der Vorgänge im Lande zu sichern. Namentlich ist mit den waterländischen Verbänden, deren Mitglieder alle Kreise der Bevölkerung umfassen und die sicher da und dort Zweckdienliches erfahren, Verbindungen aufzunehmen und zu unterhalten. Auch mit den zuverlässigen Beamten des Forst-, Zoll-, Post- und Eisenbahndienstes, die mit allen Schichten der Bevölkerung dauernde Fühlung haben, ist steter Verkehr und Meinungsaustausch aufrechtzuerhalten, insbesondere ist mit ihnen zu vereinbaren, daß alle wahrgenommenen Vorgänge und in Erfahrung gebrachten Mitteilungen sofort der Gendarmerie gemeldet werden.“

Diese „streng geheime“ Anordnung bestätigt die von bürgerlichen Parlamentariern immer wieder aufgestellte Behauptung, daß Kahr und Genossen alles andere, nur keinen Mut haben. Sie sitzen in einem Kessel, umgeben von tausend und aber tausend bewaffneten Händen, aber trotzdem wird noch die ganze Gendarmerie aufgeboten, um das „Bayern des Verfassungsbruchs“ sichern zu helfen! Im übrigen wäre Herrn Kahr zu empfehlen, zunächst richtig deutsch schreiben zu lernen, ehe er sich anmaßen sollte, unser Volk „besseren Zeiten“ entgegenzuführen.

Bayern hilft Sachsen?

SPD. München, 30. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Die Regierungspolitik in Bayern, im weitestesten verkorper durch die Bayerische Volkspartei, ist zu einer tragischen Schwankung genötigt, was allerdings dem aufmerksamen Beobachter nicht unerwartet kommt. Wenn bis zum heutigen Tage das bürgerliche Bayern mit am lautesten gegen die sächsische Staatsregierung kette und die Reichsregierung wegen ihrer angeblichen Unfähigkeit beschimpfte, so ersieht man heute dem Kabinett Zeigner in der Bayerischen Volkspartei ein Verteidiger gegen das Vorgehen der Reichsregierung. Das führende Organ der Partei in München, der „Bayerische Kurier“, bringt in seiner Dienstag-Ausgabe einen grundsätzlichen, verfassungsrechtlichen Artikel zu der Reichsaktion in Sachsen. Dabei hat man berechtigten Grund zu der Annahme, daß die in diesem Artikel ausgesprochene Ansicht nicht nur als partei-, sondern auch als regierungsamtlich zu betrachten ist. Der entscheidende Absatz dieses Artikels lautet: „Das Vorgehen des Reiches gegen Sachsen ist schlechterdings mit der Verfassung unvereinbar. Der Artikel 48, auf den sich die Reichsregierung beruft, gibt dem Reichspräsidenten wohl verschiedene Rechte: 1. das Recht, widerwärtige Einzelstaaten zur Pflichterfüllung mit Hilfe der bewaffneten Macht anzuhalten (Abs. 1, 2), das Recht zu Nothmaßnahmen (Abs. 2). Dieses zweite Recht ist verfassungsrechtlich von dem ersten aufs härteste getrennt. Kraft des Exekutionsrechtes hat der Reichspräsident nur eine Befugnis, nämlich die Befugnis der Exekution mit bewaffneter Macht, nicht aber das Recht zu anderer Macht. Kraft des Nothrechtes aber hat er zwar die Rechte, alle Maßnahmen vorzunehmen, die zur Wiederherstellung der Ordnung nötig sind, er hat aber nicht das Recht, Exekutionsmaßnahmen unter diesem Titel vorzunehmen, und er hat nicht das Recht, durch seine Nothmaßnahmen die bundesstaatliche Struktur des Reiches aufzuheben. Das aber und nichts anderes bedeutet tatsächlich die Inanspruchnahme des Rechtes, Landesregierungen nach freiem Ermessen abzusetzen und Reichskommissare dafür einzusetzen.“

Der sächsische Generalstreik verkürzt.

III. Dresden, 1. November. Die Sozialdemokratie hat entsprechend der veränderten Lage zusammen mit den Gewerkschaften beschlossen, den Proteststreik zu verkürzen. Die Arbeit wird bereits Donnerstag früh wieder aufgenommen werden.

Für Erwerbslose und Kurzarbeiter.

Zunächst wird uns mitgeteilt: Auf Grund der Verordnung über die Anbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge hat der Reichsarbeitsminister neue Vorschriften über Art, Höhe und Dauer der Unterstützung für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter erlassen. Künftig tritt die Kurzarbeiterunterstützung ein, wenn Arbeitnehmer die übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreichen und deswegen weniger als für Gehalt ihres vollen Arbeitsverdienstes erzielen. Sie erhalten dann 40 v. H. des Unterchiedes zwischen

ihrem Arbeitsverdienst und fünf Sechsteln des vollen Verdienstes als Kurzarbeiterunterstützung. Die Kurzarbeiterunterstützung vermehrt sich für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen um 10 v. H. dieses Unterschiedes, bis fünf Sechstel des Vollverdienstes erreicht sind. Auf Verlangen des Vorsitzenden des öffentlichen Arbeitsnachweises ist die Kurzarbeiterunterstützung einzustellen, wenn die Bedürftigkeit nicht gegeben ist. Wie bisher sind die Arbeitgeber verpflichtet, über den Arbeitsverdienst Auskunft zu geben und auf Erfordern des Verwaltungsausschusses die Errechnung und Auszahlung der Unterstützung kostenlos zu besorgen.

Am 1. November tritt die Verordnung über die Anbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom 15. Oktober 1923 in Kraft. Vom 1. November ab haben also alle Arbeitnehmer, die gegen Krankheit pflichtverpflichtet sind, sowie ihre Arbeitgeber zu den Krankenkassenbeiträgen noch besondere Zuschläge zu zahlen, die zur teilweisen Deckung der Kosten der öffentlichen Arbeitsnachweise und der Aufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge dienen. Die Beiträge werden vom Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises für dessen Bezirk festgelegt, dürfen aber 20 vom Hundert des Krankenkassenbeitrages nicht übersteigen und sind mit den Krankenkassenbeiträgen zusammen zu entrichten. Die Krankenkassen führen das vereinnahmte Geld an die Gemeinde ab. Die Gemeinde trägt in Höhe eines Viertels des Beitragsaufkommens zu den Kosten des öffentlichen Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge bei; der ungedeckte Fehlbetrag wird von Reich und Ländern getragen. Die Erwerbslosenfürsorge selbst wird auch künftig im wesentlichen nach den bisherigen Grundrissen geübt. Insbesondere richtet sich die Pflicht der Erwerbslosen zur Annahme von Arbeit, auch außerhalb von Beruf und Wohnort, nach den Bestimmungen der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge. Neu ist aber, daß der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises, soweit die Gelegenheit dazu besteht, die Unterstützung von einer Arbeitsleistung gemeinnützigen Charakters und für Erwerbslose unter 18 Jahren mangels solcher Gelegenheit von der Teilnahme an Veranstaltungen der beruflichen Fortbildung oder der allgemeinen Bildung abhängig zu machen hat.

1745 Billionen geraubt.

Berlin, 1. November.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Ueber die letzten erfolgte Wegnahme größerer Geldbeträge durch die Franzosen und Belgier wird zusammenfassend mitgeteilt: Am 24. d. M. requirierten die Belgier auf Befehl des kommandierenden Generals der belgischen Besatzungsarmee in der Reichsbankstelle Kreis der Betrag von 100 Billionen Mark. Auf der Reichsbankstelle Düsseldorf beschlagnahmten die Franzosen am 25. 200 Billionen und am 26. 430 Billionen. Am 25. sind französische Kriminalbeamte in Begleitung einer Anzahl Soldaten in die Druckerei von Marks in Mülheim a. d. Ruhr eingedrungen und haben dort 350 Billionen Mark Reichsbanknoten fortgenommen. Am 26. Oktober ließ die belgische Besatzungsbehörde in der Reichsbankstelle Aachen 15 Billionen und am 27. 150 Billionen Mark beschlagnahmen. Am 26. haben sich die Franzosen in der Druckerei von W. Girardet zu Essen eines Betrages von 500 Billionen Mark Reichsbanknoten bemächtigt.

Völlige Wiederaufnahme des Fernsprechtetriebes in Dortmund.

III. Dortmund, 1. November. Nachdem in der vergangenen Woche der Ortsverkehr wieder aufgenommen worden ist, wurde auch am 30. Oktober der Fernsprechtbetrieb und am 31. Oktober der Nachtdienst gleichfalls in Betrieb gesetzt. Der Telephon- und Telegraphenverkehr funktioniert demnach in demselben Umfange wie vor der Besetzung des Amtes durch die Franzosen. Die völlige Arbeitswiederaufnahme in den Städten Bochum und Essen steht bevor, da auch dort gleichfalls der Ortsverkehr schon aufgenommen ist.

Der neue polnische Außenminister.

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Das Gerücht, daß Omowski an Stelle des bisherigen polnischen Außenministers Seyda treten würde, haben polnische Zeitungen in den letzten Wochen schon mehrfach verbreitet. Diesmal scheint es jedoch wahr zu sein, daß der durch seine andauernden außenpolitischen Mißerfolge kompromittierte Minister Seyda sein Portefeuille an seinen Parteigenossen abgetreten hat.

Omowski und Seyda sind Parteigenossen; sie gehören beide der Nationaldemokratie an. Einen Kurswechsel würde dieser Personenwechsel also nicht bedeuten. Omowski ist der ungleich bedeutendere. Er ist der eigentliche Schöpfer der polnischen Nationaldemokratie in ihrer heutigen Gestalt. Vor der russischen Revolution von 1904—05 war die Nationaldemokratie in Polen die demokratisch-bürgerliche Unabhängigkeitsrichtung. Aber die russische Revolution von 1904—05 erweckte in der polnischen Bourgeoisie die Furcht vor dem Sozialismus, und als Bundesgenossen gegen den Sozialismus suchte sie — Rußland. Um diese Preisgabe des nationalen Ideals zu verdecken, ersetzte sie das Nationalgefühl durch die chauvinistische Propaganda gegen Deutsche und Juden. Gerade Roman Omowski war es, der in seinem 1908 erschienenen Buch „Rußland, Deutschland und die polnische Frage“ diese Schwankung theoretisch begründete. Er ist der Schöpfer des heutigen nationaldemokratischen Programms, das nach wie vor rufföhrlich, aber deutsch-, jüden- und sozialistenfeindlich ist, er war im Krieg und bei den Friedensverhandlungen der Führer des polnischen Komitees auf der Seite der Entente, und er gilt heute noch, obwohl er sich seit dem Friedensschluß von der aktiven Beteiligung an der Politik zurückgezogen hat, als der Führer der Nationaldemokratie in Polen.

Wenn er aus dieser Zurückgezogenheit tatsächlich jetzt hervortritt, so ist das ein Beweis dafür, daß man in Polen die gegenwärtige Lage als hochbedeutsam, wenn nicht als kritisch ansieht. Kritisch ist die Lage tatsächlich durch die in Polen als wahrscheinlich angesehene Katastrophe Deutschlands. Man fürchtet diese Katastrophe in Polen, weil sie Polen mit sich reißen könnte und man erhofft sie doch wenigstens im chauvinistischen Lager, weil man noch Appetit hat auf Stücke deutschen Bodens: Oberschlesien, Ostpreußen, Danzig. Kahr und Dorten sind Leute, deren Laten die chauvinistische Presse in Polen mit Wohlgefallen begrüßt.

Omowskis Rückkehr in die politische Arena ist bei dieser Lage der Dinge eine Warnung für Deutschland, eine dringende Mahnung, die Größe der äußeren Gefahr zu erkennen und sich innenpolitisch entsprechend einzustellen. Die Separatisten aller Schattierungen sind die Helfershelfer auch des polnischen Imperialismus.

Die Wahlen in Oesterreich.

Der Erfolg der Sozialdemokratie.

G. P. Wien, 23. Oktober. (Verpöblich.)

Mitten in einer Welt der Reaktion, rings umgeben von Staaten, in denen die Gegenrevolution entweder mit Waffengewalt das Proletariat niedergeworfen hat oder jetzt eben drohend ihr Haupt erhebt, oder zumindest von solchen Staaten, die dem französischen Militarismus dienstbar sind, hat das österreichische Proletariat einen Sieg gegen eine Partei erfochten, die nicht nur alle Instinkte der Reaktion seit jeher in den breiten Massen meißelt, sondern auch die Sozialdemokraten aufzupeitschen verstand, sondern auch noch unter dem Schutz des Entente-Kapitals in den Wahlkampf gegen die Sozialdemokraten zog. ...

So kam der Wahltag, und die Reaktion machte sich um so mehr Hoffnungen auf den Sieg, als ihr auch die Not des deutschen Volkes zu Hilfe zu kommen schien, denn eines ihrer stärksten Argumente gegen die Sozialdemokratie war der Vorwurf gewesen, daß sie den „Nisch Luß an die Mark“ gewünscht haben. Die Offensive der Reaktion hatte der Arbeiterschaft gezeigt, was ihr bevorstand, wenn die bürgerlichen Parteien siegen. In einem glänzenden Ansturm, wie ihn selbst die an Siegen reiche Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie noch nicht zu verzeichnen hatte, wurde nicht nur der Angriff der Reaktion abgewiesen, sondern es ist der Sozialdemokratie sogar gelungen, ihre Positionen noch zu verstärken. ...

Dieser erzielte Stimmengewinn kommt infolge der Aenderung des Wahlgesezes, die von den Christlichen mit dem ausgesprochenen Zweck, die Wahlausichten der bürgerlichen Parteien zu verbessern, vorgenommen wurde, in der Mandatszahl nicht voll zum Ausdruck. Dennoch zeigt auch die Verziehung der Mandate das Wachstum der Partei. Im vorigen Nationalrat hatten die Sozialdemokraten 69 Mandate, die Christlichen 85. Daneben gab es auch noch 20 Großdeutsche, 7 Bauernbündler und einen sogenannten bürgerlichen Demokraten. ...

weder also trotz der von ihnen so kunstvoll gemachten Wahlordnung zwei bis vier Mandate einbüßen. Ein Debacle aber bedeutet die Wahl für alle die kleinen Parteien, die im Gefolge der Christlichen gegen die Sozialdemokratie anstürmten. Die Großdeutschen, die alle ihre Prinzipien, den Anschluß an Deutschland ebenso wie ihren ehemaligen Antiferalismus vertragen haben, errangen bisher erst 4 Mandate im ersten Ermittlungsverfahren, und werden es mit fünf dem ihnen nahestehenden Bauernbündlern auf nicht mehr als 17 Mandate bringen; die anderen Parteien werden überhaupt ohne Vertretung im Parlament bleiben. ...

Zur Verwaltungsreform in Lübeck.

Endlich scheint es vorwärts zu gehen! Die Verwaltungsreform soll beginnen. Und diesmal beginnt man an der richtigen Stelle — oben beim Senat.

Es ist eine Dummetät oder ausgesprochen böser Wille, daß der „Lüb. Gen.-Anzeiger“ bei der Besprechung dieses Antrages glaubt, daß dadurch die Differenzen der Bürgerheit mit dem Senat erledigt sind. Die beiden Sachen haben nichts miteinander zu tun. Meines Erachtens sollte heute die Grundfrage noch einmal geprüft werden, soll Lübeck selbständig bleiben oder nicht? ...

Aber einerlei, wozu man sich entschließt, die Verwaltungsreform muß kommen und muß von oben beginnen. Die Senatoren sind heute halbe, und einandermal schlechte Verwaltungsbeamte. Man gebe den Oberbeamten der Behörden mehr Verantwortung und kann die Senatoren dadurch entlasten und teilweise ganz entbehren. Es ist in heutiger Zeit, wo paratam gewirtschaftet werden soll, ein Anflug, wenn an einer Sitzung von untergeordneter Bedeutung zwei Senatoren und ein Staatsrat teilnehmen, bei entscheidenden Fragen aber der mittlere Verwaltungsbeamte den Ausschlag gibt. ...

Devisen-Kurse.

Berlin, 1. November.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		1. November.	25. Oktober.
Amsterdam	1 fl.	51 875 000 000	24 538 500 000
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	6 885 000 000	3 132 150 000
Kristiania	1 Kr.	19 950 000 000	9 675 750 000
Kopenhagen	1 Kr.	22 943 000 000	10 972 500 000
Stockholm	1 Kr.	35 312 000 000	16 558 500 000
Helsingfors	1 Finn. Mk.	9 591 000 000	1 675 800 000
Rom	1 Lire	6 005 000 000	2 798 000 000
London	1 £	598 500 000 000	284 287 500 000
Newyork	1 Dollar	129 875 000 000	64 887 500 000
Paris	1 Frs.	7 840 000 000	3 670 000 000
Zürich	1 Frs.	28 741 000 000	11 271 750 000
Madrid	1 Peseta	17 756 000 000	8 379 000 000
Wien	100 Kr.	1 885 000 000	887 775 000
Prag	1 Kr.	3 950 000 000	1 875 800 000
Budapest	1 Kr.	7 450 000 000	3 490 250 000

Wenn jetzt angefaßt werden soll, dann möge gründliche Arbeit geleistet werden. Ich bin der Meinung, daß ein Stadthaat wie Lübeck bei einer geeigneten Verwaltungsreform mit fünf Senatoren auskommen kann. Und dann schreite man weiter, gebe den mittleren Verwaltungsbeamten mehr Verantwortung, dafür weniger Titel und auch den unteren Beamten, deren Arbeit man niemals entbehren kann, ein auskömmliches Gehalt. Daburch wird die Arbeitsfreudigkeit gesteigert und die Leistung verbessert. Ernst Schermer.

Vermischte Nachrichten.

Die Deutschlandmüden. Der Zirkusdirektor Hans Stosch-Sarrasani gab kürzlich bekannt, daß er auf ein Jahr mit seinem Unternehmen Europa verlassen werde, um in den Großstädten Südamerikas zu galieren. Nur ein paar knappe Andeutungen über den Umfang dieses Unternehmens sind gleichzeitig gemacht worden. Es hieß in der Notiz: Auf dem Dampfer „Danzig“ werden im Spätherbst 300 Artisten, ein Heer von Angestellten und Arbeitern in Hamburg eingeschifft, auf dem Dampfer „Ludendorff“ werden 300 Tiere, 120 Autos und die ganze Zelbstadt verladen. ...

Weltpostverkehr und Weltwirtschaft. Der Weltpostverein veröffentlicht Angaben über den Auslandspostverkehr in den Jahren 1920 und 1921. Sehr aufschlußreich sind die Mitteilungen über den Briefverkehr: die gesamte weltwirtschaftliche Lage spiegelt sich darin wieder. Vor dem Krieg stand Deutschland als aufstrebendes Exportland, das in allen Ländern nach Absatzmärkten suchte, an erster Stelle bei der Verwendung von Auslandsbriefen. ...

Der deutsche Briefverkehr richtet sich zu 86 Proz. nach europäischen Staaten, er ist am umfangreichsten mit Holland und mit der Schweiz. Die belgische Auslandspost geht zu 90 Proz., die holländische zu 81 Proz. nach europäischen Staaten. Dagegen entfallen von den aus Großbritannien versendeten Briefen nur 37 Proz. auf Europa, 30 Proz. auf Amerika, das übrige auf die anderen Erdteile, was durch die besondere Stellung Englands in der Weltwirtschaft und durch sein Verhältnis zu den Kolonien begründet ist. ...

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Seber; für Freisport Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inzerat Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens. Von Leon Frapic.

24. Fortsetzung.

Wenigstens brachte ihre Kundheit die gleiche niederschmetternde Wirkung hervor; ein Verbrennen gegen die Familie, gegen den öffentlichen Anstand verbarg sich da unter der Schürze. Aber Sulette ward jetzt hartnäckig; je mehr man sie zurücktrieb, um so beharrlicher zeigte sie sich. Alle Arten abschlägiger Antworten wurden ihr ins Gesicht geschleudert, ohne diese heldenhafte Mutterlichkeit zu ermatten. ...

Oft ließ man sie im Vorzimmer warten. „Madame hatte Besuche.“ Eine der geschlossenen Türen war die des Salons. Die Stimmen drangen hindurch. Sulette erfuhr niemals eine Ueber-taschung; sie mußte von vornherein, über was man sprach; der einzige Gesprächsgegenstand der Damen, der wenigstens der hauptsächlichste, unvermeidlichste, ergreifendste, der schmerzhafteste, das war die Unzulänglichkeit der Dienstmädchen. ...

Es passierte, daß sie drei Stunden lang gekenteten Kopfes zuhören mußte, wie in Parterre's gesunkene Damen, durch ein wenig Tee und Gebäck gestärkt, in tragischer Tonart an Beispielen den unglaublichen Vermögensmangel der Dienstmädchen bewiesen.

Wenn sie, wie üblich, fortgejagt wurde, gelang es ihr, ein buchstäblich unerklärliche, von getränkter Resignation durchzitterte Wendung festzustellen:

„Es muß wirklich wahr sein, daß diese Mädchen sehr wenig Herz haben!“

XVIII.

Die Aussichten, eine Stelle zu finden, wurden von Tag zu Tag geringer; Sulette gelang es nur schwer, sich zu einer freundlichen Miene zu zwingen und den trügerischen und starrköpfigen Ausdruck, ein Zeichen ihrer bauerischen Herkunft, zu verbergen. Die abgetragenen Kleider verschossen, mußte sie dieselben doch bei Regen, Schnee und Sturm tragen; man sah ihnen das Elend an, jene anstehende Krankheit, welche alle Menschen fernhält und ihnen Unbehagen verursacht.

Nacht für Nacht träumte sie „vom Alten“: in einem Wagon war es, unversehens packte er sie und trotz ihres verzweifeltsten Widerstandes warf er sie auf die Schienen. Dieser schreckliche Traum lastete den ganzen Tag auf ihr.

zum Ausdruck, und jetzt waren es die Passanten selbst, welche — ohne daß Sulette etwas von ihnen begehre — in ihr die ledige Mutter ahnten und mit feindseligen Blicken gegen sie den Vorwurf erhoben, der Autorität, dem Besten Abbruch getan, Liebe gestohlen, außerhalb der erforderlichen Bedingungen und Formalitäten geschmachtet zu haben.

Die letzten Gänge hatten das Quartier de l'Europe zum Ziel; dort war es, wo Sulette am wenigsten auf Härte stieß. „Sie Einfalt! Rantten Sie diese Geschwulst nicht vermeiden!“ rief die Fräulein Richette — Kravatten nach Maß — Rue de Stockholm, dritter Stock, Tür rechts, auf sie ein. „Dadurch verlieren Sie die Hälfte Ihres Kaufwertes, wenn Sie erst wieder hergestellt sind. Denn das erkennt man: ob die Mädchen einmal in anderen Umständen gewesen sind oder nicht. Augenblicklich kann ich nichts mit Ihnen anfangen; ich muß manchmal abgelöst werden oder brauche Hilfe, und Sie sind wirklich aus der Form gegangen! Wie schade! Wenn Sie sich ein bißchen hämmerten, dann müßten Sie gar nicht übel sein. Ich brauche hier als Dienstmädchen das Solideste, Frischste und Gehärdteste, was es nur gibt.“

Um die Wahrheit zu sagen, Sulette ermangete unter ihren abgetragenen Kleidern nicht der Frische, denn wütende Regenschauer hatten gehaucht.

Zwei Tage später mußte sie an der Ecke der Rue de Moscou unter einem Haussturz stehen bleiben, um das Regenwasser abzulassen zu lassen, bevor sie, gegenüber, Rue de Berlin, zu Frau Ledouce — Kunstgegenstände — in den zweiten Stock hinaufstieg. Die Mehrzahl der Häuser hatten in ihren Erdgeschossen keine Gefache, man sah nirgends Anaben auf den Trottoirs spielen, keine Haushälterinnen, in blohem Kopf, mit ihrem Korb in der Hand dahineilen. Das ausgedehnte Quartier hat den Anblick einer reservierten, unfruchtbar Anmut.

Zwei schon behaftete Weiblichkeiten von kleiner Statur, welche Weichenstränge in der Umgebung des Bahnhofes Saint-Lazare feilboten gingen, betrachteten die unter der Tür stehende Sulette mit einer Grimasse höhnischen Staunens.

Ein Schneiderkleid in Heliotropfarben schmiegte sich den plastischen, ein wenig reifen Formen der Frau Ledouce an: ihr Gesicht, der Typ von Arles, war durch mit Henna gefärbte Haare und die anaegriffenen Augen der Witwe, welche zuviel geweint hat, entstell.

Sie öffnete vorläufig die Türe zur Hälfte; ihre Wohnung, aus welcher Moschusduft bis auf den Flur drang, wies eine große Anhäufung hermetisch geschlossener Türen auf; vom Entree aus vernahm man erklickte Geräusch, wie Geflüster und Raufen mit nackten Füßen.

Sie schalt Sulette im Namen der Keuschheit und Ehrbarkeit aus: „Wo denken Sie hin, meine Guts? Hier muß alles distret, korrekt und anständig sein; die äußere Erscheinung des Dienst-

mädchens ist ebenso wichtig wie das Neuziere des Hauses. Ich empfangen angelegene Persönlichkeiten, Mitglieder des Vereins zur Hebung der Sitblichkeit“, rammte Männer: Sie würden doch, hoffe ich, nicht wagen, so entehrt, ihnen die Tür aufzumachen, ihnen in die Ueberzieher zu helfen? Das wäre das fürchterlichste Unglück: das Dienstmädchen hat mir die Hälfte ihrer Tringelder zu erhalten und Sie wissen, daß nichts die Zwanzigtausend der hochwürdigen Herren so zur Umkehr veranlaßt, wie die Voraus-sicht einer unstillbaren Geburt. ... Sagen Sie, meine Liebe, eine jüngere Schwester, die Sie vom Lande kommen lassen könnten, haben Sie nicht? Ein nachweisbares Debit wird bisweilen sehr schwer bezahlt. ... Ueberlegen Sie doch mal, haben Sie keine Cousine auf dem Lande, keine Kameradin Ihrer ersten Kom-munion?“

Auf die verneinende Antwort Sulettes bemerkte Frau Ledouce noch:

„Ja, ich habe wohl zwei Freundinnen, Präsidentinnen von Unterstützungvereinen. Aber die eine verlangt, daß die schwächeren Dienstmädchen im Kloster erzogen worden sind und ihr zum mindesten durch einen würdigen Geistlichen empfohlen werden, die andere aber begünstigt nur aus weltlichem Patronat hervorgehende Personen. ...“

Sulette dankte und ging. Im Augenblick, wo sie den Fuß auf das Trottoir setzte, warf ein Hagelhauner ihr gleichsam eine Handvoll Körner ins Gesicht. Sie wartete, bis das Wetter über war, während sie die Karpatiden eines prunkvollen Nachbar-hauses betrachtete, welche mit ihrem Steinmünd ein ungeheures Gefächter anzustimmen schienen.

Sulette verbrachte den nächsten Tag ohne Essen; ihre Ohr-ringe, Nippelringe und selbst der Koffer waren verkauft.

Freundinnen, auf deren Hilfe zu rechnen war, hatte sie eigentlich nicht. Mit Ausnahme Rosalies und Madeines, der Burgunderin, waren ihre alten Kameradinnen nicht auffindbar. Sie wagte also ihre beiden letzten Gänge, einen morgens, den andern nachmittags.

Rosalie war zu einer guten Herrschaft, einer wachhaft guten, gekommen!

Diese Leute hatten sie im Verlauf einer sehr schweren Krankheit lieber selbst gepflegt, als sie ins Hospital zu schicken, und ihr den Lohn während einer langen Rekonvaleszenz, wo ihr die geringste Arbeit unterlag war, weiter gezahlt.

Rosalie begriff jetzt die Ueberlegenheit solcher Menschen über andere — über sie selbst und über ihresgleichen. Daher kam eine aufrechtige Ergebenheit und zugleich ein Zustand schüchternen Staunens, welcher die Reiblichkeit erwekte: man konnte, was es auch immer war, unter ihren Händen lassen, Silber, Garderobe-kisten, Lederbüchsen — nichts führte sie in Verführung. War eine Gelegenheit, sich etwas anzueignen da, dann lächelste sie miß-träulich, als wäre ihr eine Falle gestellt, um ihre verborgene Miß-beherrschung darzutun. (Fortsetzung folgt.)

Der große Erfolg

mit unserem letzten Sonder-Angebot hat uns bewiesen, daß wir durch unser altbewährtes Verkaufssystem, aufgebaut auf der volkswirtschaftlich allein gesunden Grundlage:

Massenabsatz durch billige Preise

den richtigen Weg beschreiten. Auch heute ist es uns durch Aufbietung aller Kräfte,

wenn auch unter großen Opfern möglich, wiederum eine

ungewöhnlich günstige Kaufgelegenheit

zu schaffen.

Goldmarkpreise		Goldmarkpreise		Goldmarkpreise	
Silkina-Müte jug. mod. Formen, garniert	12.00 8.00	500	Hemdenbarchent hellgestreift Meter	55Pf
Zylinderplüsch-Müte mittl. mod. Formen garniert	12.00 9.00	700	Handtuchstoff weiß Halbleinen Meter	55Pf
Duvelin-Müte große eleg. Formen, garn.	18.00	1500	Nachtjaken-Barchent hellgemust.	Meter	70Pf
Wollflanelblusen Sportform, offen und geschlossen zu tragen		550	Bettbezugstoff rot kariert, Deckbettbr.	Meter	95Pf
Flanelblusen reine Wolle, aparte Streifen mit Perlmutterknöpfen		750	Hautuch für Betttücher, ca. 140 cm breit	Meter	135
Kleiderröcke reinwoll. Cheviot, mit Knopf u. Tressen- u. Knopfgarnierung		500	Blusenstoffe aparte dunkle Streifen Meter	85Pf
Kleiderröcke Faltenform, marineblau u. schwarz		1000	Hauskleiderstoffe mit kunstseidenen Streifen	Meter	95Pf
Damen-Mäntel aus warmen Winterstoffen engl. Charakters		1250	Karierte Stoffe doppeltbreit für Kleider und Röcke	Meter	125
Damen-Mäntel aus dicken einfarbigen Flaustoffen		1450	Kostüm-Cheviot marineblau ca. 130 cm breit	Meter	250
Damen-Mäntel Schlüpfersform in einfarbigen und gemusterten schweren Stoffen		1850	Mantel-Flausch reine Wolle, in verschied. Farben ca. 130 cm breit	Meter	530
Jackenkleider reine Wolle, blau u. schwarz Cheviot mit Presse verziert		1500	Damen-Taghemden aus gutem Hemdentuch mit Stickerel		195
Jackenkleider reine Wolle, blau u. schwarz Cheviot, aparte Macharten		1750	Damen-Beinkleider aus gutem Hemdentuch mit Barmer-Bogen		165
Damen-Kleider reinwoll. Stoffe, verschied. Farben mit gesticktem Gürtel		1250	Damen-Nachthemden aus fest. Hemdentuch m. Maschn.-Stickerel		375
Damen-Kleider aparte Ausführung in reiner Wolle		2350	Damen-Nachtjaken aus gut. Körper-Barchent mit Languette		220
Herren-Loden-Anzüge lange u. kurze Hose		1900	Wiener-Schürzen aus hell od. dunkel gestreiftem Siamosen		195
Herren-Anzüge haltbare Stoffe, mod. Formen		2900	Hausschürzen ohne Latz, aus gestreift. Siamosen		165
Herren-Ülster und -Paletots moderne Macharten, Ersatz für Maßarbeit	44.00 38.00	2900	Korsette aus Drell, mit Languette		165
Jünglings-Anzüge mod. Stoffe, gute Verarb.		1600	Plisseekragen moderne Form, 10 cm breit		110
Knaben-Anzüge gute Qualitäten	Größe 0	950	Plisse Meterware , 10 cm breit Mtr.	40Pf
Herren-Hosen elegante Streifen	Jede weitere Größe plus	850	Klöppelspitzen u. Einsätze 5 cm Mtr.		30Pf
Jünglings-Breeches haltbare Qualität		450	Klöppeleinsätze für Kopfkissen, 9 cm Mtr.		55Pf
			Damenstrümpfe Baumwolle - Doppelsohle mit Hochterse Paar	80Pf
			Damenstrümpfe Mako, gute Qualität Paar	160
			Damenstrümpfe Kaschmir, reine Wolle Paar	325
			Herrensocken reine Wolle Paar	75Pf
			Damen-Strickhandschuhe reine Wolle Paar	75Pf
			Damen-Triko handschuhe Ia. Qualität Paar	110
			Herren-Strickhandschuhe reine Wolle Paar	95Pf
			Normalhemden m. Doppelbrust für Herren		250
			Mako-Einsatzhemden mit Ripseinsatz		285
			Normal-Einsatzhemden mit Rips u. Sattelninsatz		350
			Herren-Oberhemden Perkal, gute Qualität		495
			Strickhöschen für Kinder, 2x2 gestrickt	40Pf
			Normalhemdhosen für Kinder	145
			Futtertrikotschlupfhosen für Damen		325
			Kindergarnitur in reiner Wolle	220
			Kamelhaar-Niedertreter für Damen 36-42	275
			Kamelhaar-Umschlagschuhe f. Dam. 36-42	290
			Kamelh.-Schnallenstiefel f. Dam., m. Ledersohl. 36-42	390
			Kamelh.-Schnallenstiefel f. Herr., m. fest. Kappo 43-46	425
			Damen-Halbschuhe schwarz Rindbox, Paar		950
			Herren-Schnürstiefel schwarz, Roß-chevreau Paar	1075

Um weiten Kreisen diese Vorteile zukommen zu lassen, behalten wir uns Mengenabgabe vor, auch findet kein Verkauf an Wiederverkäufer statt.

Holstenhaus

Lübeck * Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. * G. m. b. H.

Spar- u. Anleihe-Kasse in Lübeck Vorschuß- u. Spar-Vereins-Bank in Lübeck.

Wir nehmen **Goldsparmark-Einlagen** (wertbeständig) auf Grundlage der **Goldanleihe** des deutschen Reiches gegen Ausgabe von **Sparbüchern** entgegen.

Berlin u. Vermögens-Anzeigen

Gemeinnützige Partei Deutschlands

Morgen Sonntag, den 3. Oktober,

Gemeinschaftshaus

große öffentliche Volksversammlung

1. Wer verliert und wer kämpft?
Referent: Genosse Karl Roß.
2. Die Arbeiter.
Berühmte Männer und Frauen Lübeck
erscheint in Massen.

Kolosseum

Morgen Sonntag, den 3. Oktober,
des Maschinenmeister-Vereins.
Sonnabend, 6 1/2 Uhr.

Fledermans

November 1923

Alexander Alexandroff
Russisch-Deutscher Sänger

Friedl Reimers
Kunsttänzerin

Pfaff u. Pretty
Exentrix-Akt

2 Torbinos
der origin. Rollschuh-Akt der Welt

Frisco Girls
(6 Damen, 1 Herr)
Skandinavisches Tanzensemble

4 Bentos
Moderne Akrobaten

Moislinger Baum

Morgen Sonntag, den 3. November,
Abend 7 Uhr
Großer Herbstball verbunden mit
Buntem Abend
des Gesangsvereins „Sangeslust“, Moisl-
ling, unter Mitwirkung einiger Lübecker u.
Hamburger Gesangs- und Vortrags-
ensembles, sowie der beliebten plattdeutschen
Singschule des Adje Otto,
Sängerin des Singschulvereins.
Der Vergnügungsausschuß.

Zentral-Theater

Nur noch bis Dienstag:
Neu! Neu!

Fatty als Bräutigam

Amerikan. Groteske
in 2 Akten.

Luciano Albertini
in

Der Sturz von der Teufelsbrücke.

Sensationsfilm in 5 Akten. (8010)

Faschingsrausch.

Schauspiel in 1 Vorspiel und 5 Akten.

Biophon

Der Vagabund.

Spannendes Sensationsdrama in 5 Akten.

Landstraße u. Großstadt

Ein tragisches Schicksal in 6 Akten.

Fritz Kastner, Conrad Veidt,
Carola Tölle.

Los vom Manne.

Ein wunderes Lustspiel mit (8001)

Erika Gläser.

Vortrag Emil Grokinger

von den Sanatorien „Diätreform“ Lehmrade b.
Mölln i. Lbg. am (800)

3. November, abends 5 1/2 Uhr

im Johanneum über:

Was rettet uns vorm Untergang?

Stadttheater Lübeck

Sonnabend, 7.30 Uhr:

Volksbühne:

Tiefstand. (800)

Sonntag, 11 Uhr:

Sinfonie-Orchester

3 Uhr: Frühjahrsfest

7.30 Uhr: Schöne Gal-
thee, Bräuderlein fei-

Nachmittags von 3-

Uhr an der Theate-

asse Einlösung d.

Abon.-Karten für d.

3. Serie. Freitag u.

Sonnabend von 8-

Uhr für die Niede-

deutsche Bühne.

Stadttheater- und

Sinfonie-Orchester

Sonntag, 11 Uhr:

Sinfonie-Orchester

Trocadero

Schüsselbud. A. F. 787

Täglich ab 5 Uhr

nachmittags:

Gimmings-

Konzerte.

Sonntag, 11 Uhr:

Sinfonie-Orchester

Freitag und Sonnab-

end, an der Theate-

Freistaat Lübeck.

Freitag, 2. November.

Hätte ich . . .

Was heute war und wenigstens für Wochen festgelegt schien, ist morgen schon wieder überholt und liegt in der Wollschlucht. Oder nein — jede Stunde bringt Neues, Unerhörtes, Nervenaufpeitschendes. Niemand, vielleicht mit Ausnahme der gerissenen, das Gras wachsen hörenden Spekulanten, kann richtig disponieren. Vom einfachen Arbeiter bis zum Großkaufmann pendelt alles zwischen Halbheiten, Unklarheiten, Planänderungen hin und her. Ungeheure Arbeit des Körpers und des Geistes, auf ein bestimmtes kurzes Ziel eingestellt, ein Riesenaufwand von Nervenkraft wird nutzlos verthan. Und schon morgen heißt es erbittert, verzweifelt: hätte ich . . . ! Wie ein hinter Gaden zieht sich dieses Schlagwort durch unser Wirtschaftsleben. Kaum einer, der überhaupt produktive Arbeit leistet, bleibt davon unberührt. Rechnen, kalkulieren ist Schimäre geworden. Die Formel von morgen heißt: Greif noch tiefer in den Beutel! Und Millionen von Ueberräubern, Genasführern seufzen: Hätte ich doch gestern mein Geld fortgegeben, dann hätte ich dafür mindestens die Hälfte an Ware mehr erhalten! Noch mehr Millionen aber klagen: Hätte ich doch das Geld gehabt, um es zur rechten Zeit richtig verwenden zu können! Niemand kauft billiger als der Geldkräftige. Du hörst von gefüllten Hamsterpeiskammern und Kohlenkellern und rechnest dir mit Leichtigkeit aus, daß alle diese Herrlichkeiten zu haben waren für das heutige Porto einer einzigen Postkarte. Du weißt, daß dein lieber Nachbar für seine fünfzig Zentner Koks noch keine dreißigtausend Mark gezahlt hat, und du armer Schlucker mit deinem gähnend leeren Keller sollst heute für einen einzigen Sack die Kleinigkeit von mehreren Millionen bezahlen. Da rühmen sich genug Zeitgenossen, daß sie sogar Stiefel geschampt und das Paar noch zu Weihnachten mit je fünftausend Mark erhalten haben, aber dir fällt das zeretzte Leder fast von den Füßen weil du nicht zweihundert Milliarden für ein einziges Stiefelpaar übrig hast. Was nützt dir da all dein wehklagendes, nachträgliches „hätte ich . . .“! Immer warst du der Dumme und wirst es bleiben. Selbst den Lohn für deine mühselige Arbeit erhältst du oft erst später als die glücklichen anderen. Du hättest schon gewußt, wie du deinen Vorteil wahrnehmen konntest, aber du hattest kein Geld, es zu tun.

Butter 60, Milch 8 Milliarden.

In der gestrigen Sitzung hat die Hamburger Butternotierungskommission folgende Notierung herausgegeben: Großhandelsabrechnungspreis, ab Meterisation, ohne Fässer, per ein Pfund netto, reine Tara, ohne Defort: 1. Klasse 40 Milliarden Mark, Bauernbutter 10 Prozent weniger. Die Notierungsmission bemerkt dazu: „Bei der Feststellung der jetzigen Butternotierung stand die Kommission vor einer sehr schwierigen Aufgabe. Andere maßgebende norddeutschen Märkte hatten den Butterpreis in den letzten Tagen, als die Goldanleihe noch auf 65 Milliarden stand, bereits wesentlich höher gesetzt als Hamburg; die Beschädigung des Hamburger Marktes gerät jedoch in ernste Gefahr, falls hier Preise notiert werden, die nicht mit anderen Märkten gleichen Schritt halten. Die Frage ist um so schwieriger, als Milch- und Butterpreise eng miteinander verknüpft sind, und die Milchversorgung in Hamburg in letzter Zeit eine außerordentlich bedenkliche Einschränkung erfahren hat. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren erschien ein Abrechnungspreis von 40 Milliarden als angemessen. Man hofft, daß in nächster Woche genügend wertbeständige Zahlungsmittel im Verkehr sein werden, so daß alsdann der Butterpreis in Goldmark notiert werden kann.“ Auf Grund dieser Notierung ist ein Landpreis von 60 Milliarden für Butter festgesetzt worden, ein Preis, der in Beziehung zu bringen ist mit dem Einstandspreis der Kleinhandlung in Höhe von 53-54 Milliarden Mark. — Der Milchpreis wurde infolge wesentlicher Steigerung des Buttergroßhandelspreises mit Wirkung von Freitag, 2. November, an auf 8 Milliarden Mark für 1 Liter Vollmilch und auf 4 Milliarden Mark für 1 Liter Butter- und Magermilch erhöht.

Die neuen Postgebühren.

Im Ortsverkehr: Postkarten 20 Millionen, Briefe bis 20 Gramm 40 Millionen, über 20 bis 100 Gramm 60 Millionen, über 100 bis 250 Gramm 100 Millionen, über 250 bis 500 Gramm 120 Millionen Mark.
Im Fernverkehr: Postkarten 20 Millionen, Briefe bis 20 Gramm 100 Millionen, über 20 bis 100 Gramm 140 Millionen, über 100 bis 250 Gramm 180 Millionen, über 250 bis 500 Gramm 180 Millionen Mark.
Die Auslandsgebühren betragen 180 Millionen Mark für Postkarten, 240 Millionen Mark für Briefe bis zu 20 Gramm, Jede weiteren 20 Gramm 400 Millionen Mark.

Die städtischen Betriebe machen im Anzeigenteil bekannt, daß vom Montag, dem 5. November ds. Js., ab die Bezahlung der schuligen Beträge nur noch in Guthaben, Bargeld oder Barchecks möglich ist und daß Ueberweisungen von den Banken und Abschreibungen vom Bankkonto ausfallen müssen. Die Gründe, welche die städtischen Betriebe zu dieser Bekanntmachung veranlassen sind folgende: Die städtischen Betriebe müssen bei der angespannten Geldlage unbedingt sofort über die ihnen zustehenden Mittel verfügen können; das ist aber in der heutigen Zeit, falls Ueberweisungen oder Abschreibungen zugelassen werden, nicht mehr möglich. Bei dem Verzicht durch die Bank erhalten die städtischen Betriebe das Geld erhebliche Zeit später und damit häufig völlig entwertet. Dieser Zustand ist nicht tragbar und hat auch schon zu dem Schritte gezwungen, zu dem sich nun in Lübeck die städtischen Betriebe entschlossen haben.

Die Höhe des Betrages eines Postchecks ist von jetzt an unbeschränkt.

Ein Vortrag über Diätreform hält der Inhaber des Sanatoriums Lehmann bei Herrn Herr Groginger, am Sonntag, den 3. Oktober, nachmittags 5 1/2 Uhr im Johanneum.

Goldberechnung bei der Reichsbahn. Von der Reichsbahndirektion Altona wird uns mitgeteilt: Vom 1. November ab werden die Reichsbahntarife für den Güter- und Tierverkehr in Goldmark berechnet. Dies gilt sowohl für die Frachten wie auch für die Nebengebühren, Nachnahmen und bare Auslagen der Reisenden sowie das Interesse an der Beförderung müssen ebenfalls in Goldmark ausgedrückt werden. In der Benachrichtigung des Empfängers über ankommende Güter wird der bei Einlösung

des Frachttarifes zu zahlende Betrag in Goldmark angegeben. Gelegentlich Zahlungsmittel ist zunächst nur die Reichsmark (Papiermark). Als zusätzliche Zahlungsmittel sind daneben auch Goldanleihen, Dollarschuldenscheinungen und Rentenanlagen in Aussicht genommen. Hierüber ergeht noch eine weitere Entscheidung. Die Goldmarkbeträge werden nach dem von der Reichsbahn täglich nach dem Kurse der Zahlung festzusetzenden und durch Aushang bekanntgegebenen Multiplikator in Reichsmark (Papiermark) umgerechnet.

Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Hamburg—Nordamerika. Nach New York: D. Albert Ballin 8. 11., D. Thüringia 15. 11., D. Resolute 17. 11., D. Hansa 22. 11., D. Cleveland 29. 11. Nach Boston, Baltimore, Norfolk: D. Fürst Bülow 9. 11. Westküste Nordamerika: D. Isis 17. 11. Hamburg—Kuba—Mexiko—Westindien: D. Jbarwald 3. 11., D. Holsatia 21. 11., D. Efab 10. 11. Hamburg—Südamerika—La-Plata: D. Leutonia 8. 11., D. Siguria 15. 11., D. Baden 28. 11. Brasilien-Dienst: D. Antiochia 6. 11. Hamburg—Ostasien: D. Rheinland 3. 11., engl. D. Saemeben 10. 11., D. Saarbrücken 17. 11., engl. D. City of Canterbury 24. 11.

Aus dem Polizeibericht. Wegen Hehlerei wurde ein in Schwartau wohnhafter Arbeiter festgenommen, in dessen Besitz eine größere Menge wertvoller Breiter gefunden wurde, die von dem Lagerplatz einer hiesigen Holzgroßhandlung gestohlen waren. — Aus dem Keller eines Hauses am Molkenplatz wurden etwa 300 eingelegte Eier, mehrere Weckgläser mit Gemüse, Dosen mit Konserven, eine Dose Cornedbeef, 2 Pfund Butter und Rindertalg, sowie verschiedene andere Nahrungsmittel gestohlen worden. — Abhandlungselkommen und vermutlich gestohlen wurde ein schwarzes Mutterhaat, welches auf einer Weide beim Grönauer Baum gestraht hatte. — Bei der Revision eines hiesigen Produzentenhändlers wurde ein Windkessel für Schiffspumpen im Gewicht von 29 kg gefunden und beschlagnahmt. — Ein Blochwagen von etwa 3 Ztr. Tragkraft ist am 30. v. Mts. gestohlen worden. — Wegen Betruges wurde der angebliche Redakteur Stephan Hartmann, geb. 27. 1. 98 in Wiesbaden, und seine angebliche Ehefrau Käthe Hartmann geb. Stippel, geb. am 24. 9. 01 in Wiesbaden, zur Anzeige gebracht, weil sie sich hier mit Erfolg an das Wohlfahrtsamt um Unterstützung gewandt hatten, unter der Angabe, sie seien Ruhrflüchtlinge und befänden sich in bitterster Not, weil ihnen bisher Unterstützung nicht zuteil geworden sei. Dem Ehepaar wurde nicht allein Unterstützung gewährt, sondern sie erhielten später auch eine namhafte Summe zur Weiterreise. Wie sich später herausstellte, sind die Betrüger in vielen Orten Deutschlands mit demselben Schwindel vorstellig geworden und haben auf diese Weise größere Geldbeträge eingetauscht. Vor dem Schwindlerpaar wird dringend gewarnt.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Jungsozialisten. Sonntag, 4. November, morgens 9 1/2 Uhr: Besichtigung der Lehrhilfswerkstätte L. M. G. Treffpunkt Kühlhaus. Abends 7 1/2 Uhr: Unterhaltungsabend bei Lender, Hundestraße. Montag abend 8 Uhr im Gemerkschaftshaus referiert Dr. Leber. Pünktliches Erscheinen Pflicht. st. (8016)

Das Urteil der Lübecker Sozialdemokratie

zu den Vorgängen im Freistaat und im Reich.

Vortrag des Genossen Dr. Leber. — Scheidung von den Kommunisten.

Am Dienstag abend versammelte der Sozialdemokratische Verein im Gemerkschaftshaus seine Mitglieder, um zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen. Zu Tausenden waren die Genossinnen und Genossen dem Rufe gefolgt. Der letzte Platz des großen Saales und der Galerien war besetzt. Dieser Massenandrang zu der außerordentlichen Mitgliederversammlung ist verständlich und reflektiert nicht nur aus den hochgehenden politischen Wogen, sondern auch daher, weil Lübecks Arbeitererschaft die geistige Waffe, der Lübecker Volksbote, durch die Willkür der Hand geschlagen wurde. Der glänzende Verlauf der Versammlung zeugte von der Disziplin unserer Genossen und dem festen Willen, trotz aller Wirnisse zusammenzuhalten und die Bahn einigenden, zielbewußten Handelns nicht zu verlassen. Der Lenkungsstich gegen die Kommunisten der Gegenwart wurde unzweideutig gezogen. Ursprünglich war Genosse Dr. Hilferding als Referent vorgesehen. Dringende Parteiarbeit hielt ihn ab. An seiner Stelle übernahm das Referat

Genosse Dr. Leber.

Er knüpfte an die Vorgänge in der letzten Bürgerchaftssitzung und die Rede des Bürgermeisters Dr. Reumann an, der der Meinung war, die Sozialdemokratie möchte angesichts der schwierigen Lage ihre Bestrebungen über eine anderweitige Zusammenlegung des Senats revidieren. Diese Bitte war ausnahmslos, da die politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Wochen die Sozialdemokratie in ihrem Bestreben nur noch verstärkt habe. Das niedergehende Wirtschaftsleben und der Zusammenbruch der Währung habe die Reallohne der Arbeiter verunwerten lassen und ihnen Tagesverdienste von 25-30 Goldpfennigen, Stundenlöhne von 2 und 3 Pfennigen gebracht bei einem Brutpreis von 40 Pf. Dieser Zustand ist unhaltbar, ist innerlich verlogen und sinnlos. Er ist nicht nur verwerflich für die Arbeitererschaft, sondern muß jedes Wirtschaftsleben ersticken. Denn die Wirtschaft beruht nicht nur auf der Herstellung, sondern auch auf dem Verkauf der Waren. Den Erfolg der widerständigen Wirtschaft, in der der Arbeiter nichts verdient, sehen wir jeden Tag: Stillstand der Geschäfte und damit der Produktion.

Eine Veränderung der Entlohnung ist das erste Erfordernis für eine Besserung. Sowohl Gold- wie Indexlöhne haben Bar- und Nachteile. In der Zeit beginnender Dollarstabilisierung ist der Indexlohn vorteilhafter als der Goldlohn. Denn auch bei stabilen Dollarlöhnen steigen die Waren zunächst weiter. Bei der Indexberechnung steigt aber auch der Lohn weiter. So hätte z. B. das erste Angebot in der hiesigen Metallindustrie den Arbeitern heute einen Stundenlohn von 10 bis 12 Milliarden gebracht, der Goldlohn dagegen, den die Unternehmer heute bieten, bringt ihnen nur 7 Milliarden. Die Metallarbeiter würden also vorige Woche besser getan haben, wenn sie sich nicht überlegt hätten, ansatz kommunistischen Redensarten zu folgen. Nachdem der richtige Augenblick verpaßt war, müssen die Gewerkschaften zu neuen Bestrebungen kommen. Es handelt sich darum, einigen Tausenden von Proletariern schweißige Arbeit und hinreichend Brot zu schaffen. Wir schlagen deshalb die sofortige Einführung von Goldlöhnen vor. Aber Goldlöhne allein konnten nicht nützen, sie müssen durch wertbeständiges Geld ergänzt werden, damit sich der Arbeiter auch am Wochenende noch etwas dafür kaufen kann oder 1 bis 2 Mark für ein Paar Schuhe oder ein Hemd zurücklegen kann. Mit dieser Forderung traten die Gewerkschaften an die SPD. und auch an die Kommunisten heran. Die hohen Pläne der SPD. mit dem Samweisskaff in allen

Stadttheater. Sonnabend, 7.30 Uhr, für die Volksbühne „Ziefand“. Sonntag, 11 Uhr: Öffentliche Generalprobe zum Sinfoniekonzert; Solistin; Hedwig Fassbender, Violine. Nachmittags 8 Uhr: Vorstellung der Niederdeutschen Bühne „Frühjahrskorn“. Abends zum ersten Male: „Die schöne Galathee“ von Franz v. Suppe. Hierauf: „Brüderlein fein“ von Leo Fall. Sodann: Ungarische Tänze Nr. 5 und 6 von Brahms.

Sport.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“. Monatsprogramm: 4. 11. Tagestour zum Schlehenspfaden. Fr. 7 Uhr, Bahnhof. Führer Bemard. 11. 11. Schwartau. Fr. 1 1/2 Uhr, Bahnhof. Führer Schlager. 18. 11. Büßauer Schleuse. Fr. 1 1/2 Uhr, alter Bahndamm. Führer Schuster. 25. 11. Pabelhänge. Fr. 1 1/2 Uhr, Bahnhof. Führer Jühlsdorf sen. 2. 12. Brandenbaum. Fr. 1 1/2 Uhr, Burgtorbrücke. Führerin E. Gimmöller. 7. 11. Vorstandssitzung i. G. M. Fr. 11. Mitgliederversammlung i. G. M. abends 7 1/2 Uhr. Führersitzung fällt aus. — Volkstanzgruppe: Jeden Freitag: Neben der Reigentänze in der Turnhalle des Lehrerseminars, Langer Lohberg 20. — Jugendgruppe: Jeden Mittwoch: Zusammenkunft im Vereinsheim, Johannisstr. 64 l. (8012)

Norddeutsche Spielvereinigung, Gruppe Lübeck. Die Herbstrunde ist so ziemlich beendet. In Rücksicht war Viktoria zu Gast. Mit 9 Mann mußten sie nach unglücklichem Spiel eine 4: 1-Niederlage mit nach Hause nehmen. Der angesehene Schiedsrichter war nicht erschienen, der Ersatz-Schiedsrichter gab sich alle Mühe, war aber dem Spiel nicht gewachsen. Viktoria sollte sich befleißigen, dem Ansehen der Arbeiter-Sportbewegung mehr Rechnung zu tragen. Der Stand der 1. Klasse geht aus nachstehender Tabelle hervor:

Verein	Spiele	gem.	verl.	unentsch.	Torzahl	Punkte
F. S. W.	4	3	—	1	12-3	7
D. S. Vorwärts	5	4	1	—	8-7	8
Rückzug	5	3	2	—	14-12	6
A. T. V. Lübeck	5	2	3	—	12-10	4
Viktoria	6	—	3	2	5-13	2
Wiktoring	4	—	3	1	4-16	1

Am 18. November findet ein Städtepiel Kiel—Lübeck statt. Folgende Sportgenossen sind vom Spielausschuß aufgestellt: Kofler, Wulf, Harnack, H. Kraß, U. Schmidt, R. Bernimb, Mulat, Lichtenstein, Köhn, Seifert, Stuta, Erzag: Bierert, W. Popo, Hartwig, Rubien, Hamann. Abgaben bis zum 5. 11. 23 an den Obmann des Spielausschusses. (8011) U. Sternberg.

Briefkasten.

W. Wenn der Hauswirt den Hausflur zur Lagerung von Kartoffeln und Blochwagen benutzt, halten wir den Parteienmieter nicht zur Reinigung und Desinfizieren des Hausflurs für verpflichtet. — 1 Milliarde für den Kampffonds.

Ehren, aber jetzt kam es darauf an, für Brot und Arbeit zu sorgen. Es meinte, daran liege ihm im Augenblick nichts (Bewegung), die Kommunisten müßten den Augenblick für andere Pläne nützen. Sie wollten die Lebensmittel beschlagnahmen, die lebenswichtigen Betriebe wie überhaupt die ganze Produktion in die Hand nehmen, mit einem Wort, von Lübeck aus Deutschland revolutionieren. Kof war der Ansicht, daß in 14 Tagen der Kartoffelmangel zu Erde sei, weil die Kartoffeln dann nicht mehr in Händen der Gutsbesitzer, sondern der Landarbeiter seien. Es war ganz klar: Die Kommunisten wollten zu Fußten kommen und dazu unehren ehrsichen Namen mißbrauchen. Ihre Taktik war ihnen von Berlin vorgeschrieben, und der Befehl lautete genau so wie für Hamburg: direkte Aktion. Diese Haltung der Kommunisten schrie uns den Weg vor. Wir müssen einen anderen Weg alleine gehen.

In Besprechungen mit Vertretern des Senats haben wir unsere Forderungen vorgetragen und verlangt, daß der Lübeckische Staat wertbeständige Zahlungsmittel herausgibt. Ein derartiges Verprechen wurde uns gegeben. Leider hat der Senat mit dem wertbeständigen Zahlungsmittel zu sehr gezögert, was zum Teil auf die Beratungen der Reichsregierung zurückzuführen ist. Ende der Woche wird das wertbeständige Geld in den Verkehr kommen. Bittet es uns, einigermaßen Goldlöhne und wertbeständige Zahlungsmittel einzuführen, dann haben wir die Grundlage, auf der wir weiterbauen und wieder eine geordnete und zielvolle Lohnpolitik treiben können.

Für eine derartige klare und abgewogene Politik sind die Kommunisten nie zu haben. Kof wollte die Gewerkschaften und Streikenden für parteiorganisatorische Zwecke mißbrauchen und sich an die Spitze stellen, um die direkte Aktion in Gang zu bringen. Als aber der Haftbefehl kam, da war Kof, wie die übrigen Führer, mit Ausnahme eines einzigen, verreist. Sie hätten nicht nur höhere Zustände gesucht, sondern sich auch nach Lübeck zurückziehen sollen. Sie hätten sich nicht öffentlich gemacht, Schnurrbart und Kopfschmuck geändert. Sie hätten auch zu uns, damit wir ihre Immunität sicherten. Sie hätten sich Kommunisten zu ihrer Sache. Wir waren natürlich trotz allem bereit, die Verhaftung zu schützen und die Immunität aller Bürgerchaftsmitglieder zu wahren. Klamm wurde deshalb auch freigelassen. Die Verhaftung von Kof und Kof unbeschadet auch, nachdem sie unterirdisch befunden, mit den proletarischen Hunderttausenden nichts zu tun zu haben. Ueber diese Tat muß man sich um so mehr verwundern, als diese Führer am Donnerstag noch dem Staat den Hals abschneiden und unter Einfluß ihres Lebens kampfens wollten, am Freitag aber eigenhändig den Schein unterschrieben, mit dem ganzen Salat nichts zu tun zu haben.

Genosse Dr. Leber behandelte dann ausführlich das Verbot des Lübecker Volksboten durch das Wehrfreiheitskommando. Darauf sei Lübeck ohne amtliches Nachrichtenblatt, die Arbeitererschaft in der schlimmsten Zeit ohne Kampfrufen. Und doch müsse gerade heute gesagt werden, welche Ungefährlichkeit in Deutschland herrscht und welche traurige Rolle die Kommunisten gespielt haben. Den Massen muß klargestellt werden, daß die besten Hiesigen für das Militär die Kommunisten sind. Auf den Hamburger Hubschirm haben die Hafenkreuzer gerade gemartet. Die Vorgänge der letzten Wochen blieben auf die Stellungnahme des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu den Kommunisten nicht ohne Einfluß. Wir brauchen Keilhaftigkeit in unserer Partei, eine gerade Linie in unserer Politik. Wir können diese nicht behalten mit einer Partei, die bereit ist, jederzeit Verfassung und Republik zu

schönen. Es muß Klarheit in der sozialdemokratischen Partei herrschen, Klarheit auch in unserer Stellungnahme zu den Kommunisten. Klarheit auch bei den Kommunisten, daß sich in der sozialdemokratischen Partei niemand dazu hergibt, den kommunistischen Unfug mit keinem ehrlichen Namen zu decken. Wir brauchen diese Klarheit, wenn wir unsere Partei nicht in den Schmutz führen und an immerer Zerrüttung zugrunde gehen lassen wollen.

Viel wichtiger als die politischen Zustände in unserem kleinen Staat sind die gegenwärtigen Vorgänge in Berlin und im Reich. Die jetzige üble Lage vor allem auch der sozialdemokratischen Partei liegt in einer jahrelangen Entwicklung begründet. Sie datiert von dem Augenblick an, wo die Regierung Wirth ihr Ende herannahen sah. Damals wuchs unser Einfluß mit der Vereinigung der USPD. Diese Stärkung unserer Reichstagsfraktion setzte das Zentrum zu einem parlamentarischen Gegengewicht, es forderte Eintritt der Volkspartei in die Regierung. Daraus entstand die Krise: Wirth trat zurück, weil wir die große Koalition ablehnten. Dieser Schritt war richtig! Ein Beschluß, damals in die große Koalition zu gehen, wäre weniger richtig gewesen. Geradezu verhängnisvoll aber war, daß wir aus der Koalition herausgingen und die Regierung Erno trotzdem fast ein Jahr lang „wohlwollend“ unterstützten. Der Erfolg dieser patriotischen Regierung war der Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet. Der Ruhrwiderstand hat uns 2mal mehr gekostet als die ganzen kritischen Forderungen der Franzosen ausmachten. Die Durchführung dieses Widerstandes war Schwindel, Windbeutelerei, durch die Notenpresse finanziert. Den Konsumenten wurden riesige Inflationssteuern auferlegt. Unternehmer und Landwirte zahlten gar nichts im Gegenteil durch Kredite und Inflation ungeheure Vorteile. Als die Verwirrung den Höhepunkt erreicht hatte, kam die Koalition Stresemann-Hilferding. Sie wurde nur der Großindustrie nach wenigen Wochen erdolcht. Die rheinische Großindustrie machte ihren berechtigten Vorstoß, forderte den Zehnstundentag und alle möglichen Zugeständnisse. Die Deutsche Volkspartei bestand dabei die Probe der Koalition nicht, ließ sich ins Bockshorn jagen und kämpfte für die unsinnige Koalition von Wirth bis Hergt. Als die Sozialdemokraten austraten, mußten die Herren nicht mehr weiter. Das erneute Zusammenfallen der Koalition bot in der Tat ein krautiges parlamentarisches Schauspiel. Daher das Geschrei gegen den Parlamentarismus. Aber der Parlamentarismus hat noch nicht ausgespielt. Er ist ein Führerproblem, er wird seine Aufgabe immer dann erfüllen, wenn verantwortungsbereite Führer sich durchzusetzen wissen. Aus außenpolitischen Gründen war es unbedingt notwendig, eine aktionsfähige Mehrheitsregierung zu haben. Daher unser letzter Versuch der Koalition mit der bürgerlichen Mitte. Die große Koalition erfordert gewisse Voraussetzungen. Sie wäre nur dann erträglich, wenn wir es verstanden hätten, in den veranschlagten 4 Jahren eine wirkliche deutsche Republik zu schaffen. Wir hätten Verwaltung, Heer und Schule in unsere Hand bekommen müssen. Das ist nicht der Fall. Ich will keine Schuldfrage stellen. Aber wenn die sozialdemokratische Partei vor der Geschichte bestehen will, wird sie diese Fragen beantworten müssen. Eben weil uns die Republikanisierung nicht gelungen ist, bildet die Koalition die große Gefahr und deshalb hat sie uns auch dahin geführt, wo wir heute stehen. In der neuen Regierung bekamen wir nur 3 von 12 Ministerposten, so daß sich unsere Genossen schwerlich so durchsetzen können, wie wir es wünschen. Und es haben sich infolgegehoher Dinge ereignet, die wir genau betrachten müssen. Denn der Enderfolg entscheidet über Richtigkeit und Irrtum.

Gleich zu Anfang der neuen Regierung verkündete Bayern den Belagerungszustand, um die Reichsregierung auszuhalten. Die Reichsregierung wurde nur vollendete Tatsachen gestellt. Sie verhängte als Antwort den Belagerungszustand über das ganze Reich. Aber Rahr kehrte sich nicht darum und der General Lohm steckte sich unter dieselbe Decke, sie setzten die Reichsverfassung außer Kraft. Anders in Sachsen. Dort bestand bis vor kurzem eine sozialistische Minderheitsregierung, die bürgerlichen Parteien und die Kommunisten führten sie. Eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ist in Sachsen nahezu ausgeschlossen, die Demokraten allein geben noch keine Mehrheit. So kam die sozialistisch-kommunistische Regierung zustande. Während die Kommunisten den Eid auf die Verfassung ablegten, eröffnete der kommunistische Finanzminister keine Tätigkeit damit, daß er offen aufforderte, gegen die Reichsverfassung Gewalt anzuwenden. Genosse Zeigner erinnerte die Kommunisten an ihre Pflicht und es gelang ihm auch zum Teil, sie zur Reue zu bringen. Da kam ein törichtes kommunistisches Flugblatt und forderte zum Kampf mit Waffen gegen Reichswehr und Verfassung auf. Die kommunistischen Minister verleugneten das Flugblatt. Was soll man denn von einer solchen Partei denken? Ueber dieses unzweckdienliche Vorgehen wäre die Koalition gewiß gescheitert. Die Reichsregierung wartete aber nicht ab und ließ die Reichswehr in Sachsen einmarschieren. Es kam aber der Sozialdemokratie zu, mit dieser Koalition ein Ende zu machen. Man vergleiche die

Vorgänge in Sachsen und Bayern. Hier führten die Kommunisten törichte Reaktionen, in Bayern handelt man offen gegen die Reichsgewalt. Die Reichswehr wurde aus den Händen Geheißer gerissen und neu vereidigt. Auf der einen Seite törichte Reden, auf der anderen gemeingefährliche Handlungen. Was tut das Reich? Sachsen wird niedergeknüppelt. Gegen das aussäffige Bayern aber ist die Reichsregierung machtlos oder sie stellt sich so. Rahr wird Stresemann schon die richtige „bayrische“ Antwort geben. Unter dem Belagerungszustand haben sich Zustände entwickelt, die kaum noch zu ertragen sind. Die Koalition steht vor folgenschweren Problemen. Ihr Zusammenbruch bedeutet das Ende des Ermächtigungsgesetzes und läßt Diktaturgeklöse aufkommen. Verlangt man indes von unseren Ministern Zustimmung zu Taten, die wir nicht denken, für die wir unsern ehrlichen Namen nicht hergeben können, dann müssen die Konsequenzen gezogen werden. Unsere oberen Instanzen müssen alles tun, die Reichsregierung auf den Weg des Rechtes zurückzuführen. Sonst ist die große Koalition einfach nicht mehr tragbar.

Die sozialdemokratische Partei, wie die Arbeiterbewegung überhaupt befindet sich in einer Krise. Die Kommunisten haben Dinge unternommen, die sie vor der Geschichte niemals verantworten können. Daraus folgert, daß die Zersekung und Zerrüttung in den Reihen der Arbeiter so lange dauern wird, solange wir uns in den Betrieben und Versammlungen die Diktatur junger, indifferenten und verheerter Massen gefallen lassen. (Zuruf: Sehr richtig!) Die erfahrenen älteren Arbeiter und jüngeren Genossen mit fester Meinung müssen der Mut und die Entschlossenheit aufbringen, die ewigen Hezer und Schimpfer rücksichtslos zur Ruhe zu bringen. (Rebh. Zustimmung!) In jedem einzelnen Reiche muß so angegangen werden. Unsere Genossen müssen darauf hinweisen, daß die Stänker kein Recht haben, den Mund so weit aufzureißen, da sie von der Geschichte und Entwicklung des Sozialismus keine Ahnung haben. Diese Elemente werden dann bald wieder in der indifferenten Masse untergehen!

Wenn so zickler gehandelt wird, werden wir die jetzige Krise bald überstanden haben. Wir müssen zusammenhalten, die Arbeiterbewegung aufs neue aufbauen, sie so stark und mächtig machen wie sie einst war. Wir müssen rücksichtslos nach der Macht ausschauen, die Kräfte und die Fahne des Sozialismus entrollen für eine bessere Zukunft. Im Vertrauen zueinander müssen wir entschlossenen Mann für Mann für die alten hohen Ideale einstehen und kämpfen für den Sozialismus. (Stürmischer Beifall.)

Es ist folgende Entscheidung eingegangen:
Die Sozialdemokratische Partei Lübecks fordert Parteivorstand und Reichstagsfraktion auf, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, der Gewaltdiktatur der Generäle, der verfassungswidrigen und ungerechten unterschiedlichen Behandlung Sachsens und Bayerns ein Ende zu machen. Sollten alle Bemühungen erfolglos bleiben, so haben die sozialdemokratischen Minister aus der Regierung auszutreten.

Die Aussprache

über den Vortrag des Genossen Dr. Leber war recht ausgiebig und von großer Sachlichkeit befeelt. Senator Genosse Mehrlein gab Aufschluß über die Handhabung des Belagerungszustandes und über die Säuberung des Gewerkschaftshauses, das Kommunisten und Halbtäre in der vorigen Woche als Stützpunkt benutzten, um den Lübecker Volksboten zu füttern. Er gab des weiteren ein Bild von den kommunistischen Helfertaten in Hamburg, die an Roheit alles in den Schatten stellten. Ueber 20 Leute, die um Hargheide mit Waffen angegriffen wurden, sitzen hier im Leuchter und harren schwerer Strafe. Viele von ihnen vermühen die Urheber, die verschwunden sind und sie elend im Stiche liegen. Genosse Mehrlein forderte auf, eiserne Disziplin und Einschüchterung zu üben. Das habe unsere Partei groß und stark gemacht. Im übrigen trat der Redner für das Verbleiben in der Koalition ein.
Genosse Dreger betonte, daß die Wahl- und Zersekungsarbeit der Kommunisten uns in die widerlichsten Verhältnisse gebracht habe, so daß das Unternehmertum wärfürlich diklieren könne. In wilden Versammlungen würde man von unorganisierten Maulhelden niedergeführt. Der Kampf im Metallgewerbe sei von den Kommunisten leichtfertig vom Zaun gebrochen, die Gewerkschaftsfunktionäre nicht befragt worden. Solange wir nicht zum alten Standpunkt zurückkehrten, würden wir solche Schlappen erleiden. Dem Unternehmertum sei dieser Streik sehr gelegen gekommen. Glaube man, daß die Führer ihre Pflicht nicht tun, dann soll man sie bestrafen, sonst aber schüzen gegen das unverantwortliche Geseindel, das längst verschwunden sei, wenn Partei und Gewerkschaft noch fest dastehen.
Genosse Daniel ist der Ansicht, daß die Gruppe 3 der Metallindustrie nicht auf der Straße liegen würde, wenn die Ar-

beiterschaft die Wahrheit verkünden könnte. Adel selbst habe gesagt, der Lohnabstufung sei so günstig wie nie zuvor. Aber die Kommunisten benutzen den Hunger und die Aufregung der Arbeitererschaft zu ihren unehrlichen Zwecken.

Genosse Johnson ließ sich über die Wertbeständigkeit des Geldes aus. Auch bei den Goldpreisen würden die Waren noch steigen. Einzelne Waren, die früher gleichen Wert hatten, weisen heute große Unterschiede auf. Es sei gleichgültig, ob Gold- und Inbellohn gezahlt werde, die Hauptsache sei, daß man davon leben könne. Die Führer hätten stets die Arbeiterinteressen vertreten; so leicht sollte man den Stab nicht über sie brechen. Die Verhekung auf allen Gebieten müsse endlich aufhören.

Genosse Schwarmann wies auf die außerpolitische Lage hin, die das Reich vor einen Wendepunkt in der Reparationsfrage stelle. Der französische Imperialismus müsse durch den anglo-amerikanischen Geist überwunden werden. Hunger und Not sei dem radikalen Schlagwort stets günstig, die Leidenschaft aber ein schlechter Berater. Notwendig sei eine gesunde Produktionspolitik, die der breiten Masse den Verbrauch der in Deutschland produzierten Lebensmittel garantiere. Der von Bayern aus propagierte Kampf gegen den Marxismus errebe vor allem das Proletariat um die Ertragsrenten der letzten Jahre hauptsächlich auf sozialpolitischem Gebiete zu bringen. Das Betriebsratsgesetz soll aufgehoben und die Gewerkschaften als gleichberechtigte Verhandlungsfaktoren ausgeschaltet werden. Man will den Lohn mit Rücksicht auf die Parteinteressen diktieren. Es dürfe nicht außer acht gelassen werden, daß dem Gegner auch bei unseren zerrütteten Wirtschaftsverhältnissen noch ungeheure Machtmittel über die Arbeiterschaft zur Verfügung stehen und daß er diese Machtmittel anwendet. Daher der Kampf gegen den Marxismus, den auch die übrigen bürgerlichen Parteien im Reich aufnehmen. Der Sturz Stresemanns soll ein Reichskabinett bringen, in dem Industrie und Junkertum wieder regieren. Ihm würde wieder der gesamte Staatsapparat, wie herkömmliche Macht, Polizei, Verwaltung und Rechtsprechung ausgeliefert. Mit einem Federstrich würden alle Rechtsgarantien für die Arbeiterschaft ausgelöscht werden, die Arbeiterschaft würde erhaltunglos unter die Krute kommen. Deshalb müßten die sozialdemokratischen Minister in der Regierung bleiben. Deren Macht sei um größer, je bedeutender die Einigkeit der Arbeiterschaft sich befunde.

Genosse Wilhelm Körner forderte den Austritt aus der Regierung und wies auf den traffen Unternehmerstandpunkt der Flenderwerft hin. Er legte eine Resolution vor, die die Befassung der Sachwerte in Höhe von 50 Proz. fordert, ferner den Rücktritt der sozialdemokratischen Reichsminister, einen Systemwechsel in der Reichswehr und Aufhebung des Belagerungszustandes.

Genosse Haut wandte sich gegen die Vorwürfe, weil sich die Führer nicht an die Spitze der wilden Versammlungen gestellt hätten. Er wies ferner auf die Reden der Kommunisten in der Bürgererschaft hin, die all ihren Zorn auf die sozialdemokratische Fraktion entluden, die Bürgerlichen aber ungeschoren ließen. So erfreuten sie sich des Beifalls der letzteren. Die Kommunisten hätten die Arbeiterschaft systematisch ausgehekt. Es sei jetzt endlich an der Zeit, sich in den Betrieben von der kommunistischen Diktatur und der der Halbtären freizumachen. Diese Schwanken doch wieder ins gelbe Fahrwasser ab und fühlen sich unter Fußstapfen Wohler. Der Redner zerplückte des weiteren den kommunistischen Vorwurf, wir hätten den Rechtsparcien die Waffen in die Hand gegeben. Dabei wären sie es und die Unabhängigen, die den größten Standal machten, als Roste 15 000 Arbeiter für die Reichswehr verlangte. Wir werden Verfassung und Republik zu verteidigen wissen. Wenn die Reichsregierung republikanisch denkt und handelt, braucht sie nur die Arbeiterschaft zu rufen und der Spuk in Bayern ist zu Ende.

Im Schlußwort ging Genosse Dr. Leber auf Einzelheiten der Diktatur ein. Er betonte u. a., daß die Kommunisten die Hungerzeiten des Arbeiters gut für ihre Aktionen gauten, daß aber die Unternehmer die Stunden mit mathematischer Sicherheit ausreichen könnten, wo sich ihnen der Arbeiter bedingungslos ergeben müßte. Beweise hierfür liegen vor. So bei der Flenderwerft, bei Blohm & Voß in Hamburg und den Howaldtswerken in Kiel, dem „revolutionärsten“ Betriebe. Diese Tatsachen geben zu denken. Zur politischen Lage erklärte der Redner, daß die Sozialdemokraten Mann für Mann zur Stelle seien, wenn versucht werden sollte, Republik und Verfassung zu beseitigen. Es sei selbstverständlich höchst wünschenswert, daß wir möglichst lange in der Regierung teilnehmen, gehe es aber um unsere Ehre, dann müßten alle anderen Erwägungen zurücktreten. Außerhalb der Regierung könnten wir energische Opposition machen.

Die vom Parteivorstand empfohlene Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Mit einem anfeuertenden Aufruf zu einigem und entschlossenem Handeln schloß der Versammlungsleiter, Parteisekretär Genosse Weiler, die glänzende verlaufene Versammlung, die begeistert in das Hoch auf die Sozialdemokratie einstimmte.

Nach vollendetem Umbau
verlegen wir mit dem heutigen Tage unsere Kontor-Räume in unser eigenes Geschäftshaus
Holstenstraße 17.
Kohlen-Kontor G. m. b. H. 8014 Tel. 818 und 819.

Amtlicher Teil

15. Nachtrag

zur städtischen Abfuhrordnung v. 1. April 1919.
(Veröffentlicht am 2. November 1923.)

Die in § 4 angeführten Gebühren werden wie folgt festgesetzt:
zu a) 12 Goldpfennig, zu b) 24 Goldpfennig, zu c) 36 Goldpfennig,
zu Abzug 5 bis 7 je 12 Goldpfennig.
Rechnung für die Berechnung ist die amtliche Doklumentation am letzten Tage des Monats.
Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. November 1923 in Kraft.
Lübeck, 2. Nov. 1923. Das Polizeiamt.

Vom Montag, dem 5. November d. J. ab können Bezuhlungen der Gas-, Wasser- und Stromrechnungen nur noch durch Guthaben, Bargeld und Bankchecks angenommen werden. Überweisungen der schuldigen Beträge durch die Bank sowie Bankbescheide sind vom vorgenannten Termin ab unzulässig.
Städtische Betriebe.

Güterrechtsregister.

Am 1. November 1923 ist bezüglich der Ehe des Kaufmanns **Wilhelm Anton Johannes Danck** und **Margaretha Sabetta** geborene **Reißelhauser** in Lübeck eingetragen: Durch Ehevertrag vom 31. Oktober 1923 ist die Verwaltung und Nutzung des Gutes **Wismar** an dem eingebrachten Gut der Ehefrau ausgeschlossen.
Amtsgericht Lübeck.

Nichtamtlicher Teil

Verband der Fabrikarbeiter

Zahlstelle Lübeck.
Gesucht für Holzfantor-Kord und Markt **3 Boten (innen)** zum Entlosheren der Beiträge.
Bewerber sofort im Bureau, Johannisstraße 23, part. 3. St. Die Ordreverwaltung.

1 Sah kleine und 2 Sah Zettel zu verkaufen. (8027)
Friedr. Rohbran, Schwanen, Raitenweg Str. 33.

Promenadenwagen, fast neu, gegen Kartoffeln zu tauschen. Ing. und G. 423 an die Exp. d. Bl. (8022)

Junges Ehepaar sucht 1 bis 2 leere Zimmer mit Kochgelegenheit. Ing. und G. 422 an die Exp. d. Bl. (8021)

Gr. Kinderwagen geg. Müllgeige u. Gasherd. Nam. geg. Her. Stiefel. Gr. 44 zu tauschen. (8023) Gärtnergasse 36.

Zausche Kartoffeln geg. Herren- od. Damen-Jahrb. (8018)
Gärtnergasse 83, II.

Untericht in Damen-Schneideri, 1/2 u. 1/2-jähr. Kurse erteilt. (8030)
C. Baisch, Johannisstr. 26.

Katani v. Gold- und Silber-Druck, Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfahling 1907
32 Holstenstr. 32

J. H. Pein

Lübeck
Markt 10/12
Breite Straße 64/68.
Das bekannte Kaufhaus für (7981)
Arbeiter-Garderoben, Bekleidungs-, Herren-Konfektion, Knaben-Konfektion, Erstkl. Manufakturwaren.

Felle — Haare

kaufen höchst zahlend (8003)
Gehr. Wagner, Zell-Spezialgeschäft
Dankwartstraße 26, Holstenstr. 8. Tel. 3414.

Bereinsregister.

Am 31. Oktober 1923 ist der **L. Lübecker Schützenverein v. 1846**, Sitz Lübeck, eingetragen worden.
Amtsgericht Lübeck.

Gr. Kinderwagen geg. Müllgeige u. Gasherd. Nam. geg. Her. Stiefel. Gr. 44 zu tauschen. (8023) Gärtnergasse 36.

Der Neue Weltkalender von 1924

ist erschienen. Grundpreis 30 Pig.
Buchhandlung
des Lübecker Volksvereins, Johannisstraße 16.

Ehlers & Reetwisch

Holstenstraße 1. (8006) St. Petri 2 u. 4.
Bestand treues Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

Starke Schuhwaren, Schaffstiefel, Arbeitsstiefel, eleg. Damen-Herren- und Kinder-Stiefel, Pantoffel und Hauschuhe, eleg. Herren-Anzüge, elegante Hüte, gest. Manchetten- und Pilot-Hüte, Ecken- und Manchetten-Toppfen.

Winter- und Gummimäntel für Herren, reizende Neuheiten in Damen-Mänteln, Kostümen, Blusen, Röcken, Kleiderstoffen, Seiden, Betten, Unterzeugen, Wäsche, Bettbezugstoffe, Streifenstoffe usw. usw.